

Landesinfo Baden-Württemberg



iStockphoto.com/mactoto80

**Ihnen einen
schönen
Urlaub!
Der Kellnerin
einen guten
Lohn!**

DIE LINKE.

Fiskalpakt

**Die LINKE sagt
Nein!**

Seite 4

Landespolitik

**Klasse Kitas für
unsere Kinder!**

Seite 7

Gesundheitswesen

**Krankenhäuser
im Flächenkreis**

Seite 10

Linksjugend

**Vernetzung, Azubi-
konferenz**

Seite 12

In den Kommunen

**Wohnen, OB-Wahl,
Asyl, gegen
Nazis ...**

Seite 13

Landesparteitag

**„Lohndumping
bekämpfen“**

Seite 21

Inhalt

■ ■ ■ ■	Wir sagen Nein zum Fiskalpakt!	4
■ ■ ■ ■	Klasse Kitas für unsere Kinder!	6
■ ■ ■ ■	Für ein solidarisches Gesundheitswesen	9
■ ■ ■ ■	Krankenhäuser im Flächenkreis	9
■ ■ ■ ■	Linke.SDS vernetzt sich landesweit	12
■ ■ ■ ■	Zivilklausel für Hochschulen!	12
■ ■ ■ ■	Freiburg: Wenn MieterInnen in Aktien wohnen ...	14
■ ■ ■ ■	LINKE Stuttgart unterstützt Hannes Rockenbauch als OB-Kandidaten	15
■ ■ ■ ■	Mannheim: Asylbewerberheim schließen!	17
■ ■ ■ ■	Die Terroristen der NSU	18

Das nächste Landesinfo erscheint Anfang Oktober 2012.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 3/2012 ist der 20. September.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Druck: Druckhaus Dresden GmbH, Bärensteiner Str. 30, 01277 Dresden.

Zu den Ergebnissen des Bundesparteitags der LINKEN in Göttingen

Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteitag in Göttingen war ein Erfolg für DIE LINKE. Wir haben eine neue Parteispitze mit Katja Kipping und Bernd Riexinger als Vorsitzende, den neu gewählten stellvertretenden Parteivorsitzenden, mit Matthias Höhn als Bundesgeschäftsführer und Raju Sharma als Bundesschatzmeister. Und wir haben einen ausgewogenen Gesamtvorstand. Aus Baden-Württemberg sind neben Bernd Riexinger auch Biggi Ostmeyer, Tobias Pflüger und Michael Schlecht in den Parteivorstand gewählt worden. Wir gratulieren zur Wahl.

Damit ist die Personaldebatte beendet. Maßgebliche Genossinnen und Genossen aus allen Landesverbänden, die lieber Dietmar Bartsch als Bernd Riexinger an der Spitze gesehen hätten, haben bereits ihre Unterstützung und solidarische Zusammenarbeit signalisiert. Die von einzelnen Kommentatoren an die Wand gemalte Gefahr einer Spaltung der Partei entbehrt der Grundlage. In Baden-Württemberg arbeiten Mitglieder und Vorstände der verschiedenen Gliederungen des Landesverbandes seit jeher gut zusammen, auch wenn sie zu Einzelfragen unterschiedlichen Flügeln angehören.

Mit Katja Kipping und Bernd Riexinger wird das Spektrum der Linken in Ost und West in hohem Maße abgedeckt. Die Arbeitsgrundlage ist das Erfurter Programm vom Herbst 2011. Auch der in Göttingen fast einstimmig verabschiedete Leitantrag beweist, dass die

Gemeinsamkeiten groß sind. Jetzt geht es darum, im Land aktionsorientierte Impulse zu setzen, wie zum Beispiel unsere Urlaubskartenaktion gegen prekäre Beschäftigung und unsere begonnene Kampagne „Klasse Kitas für unsere Kinder“. Dazu findet ihr Anregungen in diesem Landesinfo. Weiter bieten wir den Kreisverbänden ReferentInnen an rund um das Thema „Eurokrise, Fiskalpakt, soziales Europa“ und zum Thema „Grundlagen der Kommunalpolitik“

Außerdem müssen die nächste Bundestagswahl mit Hochdruck vorbereitet und die Wahlkämpfe für die Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern unterstützt werden. Nach der Sommerpause werden in allen 38 Wahlkreisen in Baden-Württemberg Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die Bundestagswahl im nächsten Jahr nominiert.

Der Landesverband hat fünf gleichberechtigte Sprecherinnen und Sprecher des Landesvorstandes. Bernd Riexinger und Sybille Stamm waren mit der rechtlichen Vertretung des Landesvorstandes, z.B. gegenüber der Wahlleiterin, beauftragt. Diese Aufgabe wird Sybille Stamm in den nächsten Wochen allein wahrnehmen. Sie hat dabei die Unterstützung des gesamten Landesvorstandes.

Die notwendig gewordene Nachwahl für den Landesvorstand ist vorgeschlagen für die nächste reguläre Tagung des Landesparteitages.

*Bernhard Strasdeit
(Geschäftsführer des Landesvorstand)*



Die baden-württembergischen Parteitagsgesandten und Gäste mit dem neuen Bundesgeschäftsführer Mathias Höhn in Göttingen.

Bernd Riexinger:

Aufbruch organisieren – Antworten auf die drängenden Fragen liefern

Bernd Riexinger, bisher Landessprecher der LINKEN in Baden-Württemberg und Verdi-Geschäftsführer in Stuttgart, ist auf dem Bundesparteitag der LINKEN zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Zahlreiche Glückwünsche gingen dazu im Landesbüro ein. Ko-Parteivorsitzende ist Katja Kipping. Beide stellten nach ihrer Wahl gemeinsam ein 120-Tage-Programm vor, mit dem ein neuer Aufbruch der LINKEN eingeleitet werden soll. Für das Landesinfo fasste uns Bernd die wichtigsten Punkte zusammen:

In den kommenden 120 Tagen gilt es einen neuen Aufbruch für DIE LINKE zu organisieren. Zum einen wollen wir einladen, unsere Partei partizipativer zu gestalten, wollen die Kunst des Zuhörens stärken, Mitglieder zum Mitmachen und Mitdiskutieren einladen. Hier sind wir auf einem guten Weg und die ersten Erfahrungen sind ermutigend. Die zweite Botschaft die wir aussenden: DIE LINKE liefert Antworten auf die drängenden Fragen, steht für gute Arbeit, für ein soziales Europa, für ein Ende des Privatisierungswahns. Gemeinsam mit den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und vielen anderen wollen wir das Ende einer Politik, die den Menschen in Deutschland und Europa immer mehr Opfer abverlangt, um den Reichtum Weniger zu mehren und uns für eine Politik für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen – für soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von oben nach unten und ein faires Miteinander.

Prekarisierung geht weiter. Die gegenwärtige Situation ist unerträglich.

Mittlerweile arbeiten bei uns knapp 23 Prozent aller Beschäftigten zu Niedriglöhnen – in Minijobs, Leiharbeit, Teilzeit und befristeten Arbeitsverhältnissen. Gleichzeitig hat sich seit Ausbruch der Krise das Vermögen der Reichen und Reichsten kontinuierlich vermehrt. In Deutschland leben heute mehr Millionäre als jemals zuvor. Das ist eine

widerliche Entwicklung die wir nicht akzeptieren können. Es ist unerträglich, dass wir eine zunehmende Prekarisierung der Lebens- und Arbeitswelt erleben, Stress und Angst zunehmen und die Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Wir werden deshalb in den kommenden Monaten unsere parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten für einen flächendeckenden Mindestlohn, gegen Leiharbeit und für eine armutsfeste Rente fortsetzen. Es ist doch bezeichnend, dass die neuen Koalitionäre in NRW – SPD und Grüne – meinen, mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro sei die Rente „armutsfest“.

Dabei ist heute schon klar, dass sich die Situation in den kommenden Monaten weiter zuspitzen wird, wenn der „Fiskalpakt“ in Kraft ist. Damit wird Angela Merkels falsche Finanz- und Europapolitik in Stein gemeißelt. Davon, dass unterregulierte Finanzmärkte, Ungleichgewichte in den Außenhandelsbilanzen und eine ungerechte Lohnpolitik

Millionäre und Milliardäre. Sie können ihre Kinder in die Privatschule schicken, Schwimmbäder neben der Doppelgarage errichten und für einen Theaterbesuch ins Ausland reisen. Was aber wäre, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Bund sich ändern, können wir den Fiskalpakt dann kündigen, einen anderen Kurs einschlagen? Die fatale Antwort lautet Nein: Mitgliedsstaaten können den Vertrag nicht kündigen, er hat eine Ewigkeitsgarantie.

Kampf um das Öffentliche aufnehmen

Eine absehbare Folge dieser wahnwitzigen Politik ist schon heute klar. Wenn die Schulden nur über die Ausgabenseite zurückgeführt werden sollen, Löhne und Gehälter, Renten und Sozialleistungen, öffentliche Ausgaben aber nicht mehr weiter gekürzt werden können, dann rückt für den Staat eine andere Einnahmequelle in den Fokus. Meine Antwort wäre klar. Höherer

Spitzensteuersatz, Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krise, Millionärsteuer etc. Dies ist aber nicht der zu erwartende Kurs. Vielmehr werden wir einen weiteren Privatisierungswahn erleben. Infrastruktur – öffentliches Eigentum wie Wohnungen, Stadtwerke oder Krankenhäuser werden verhökert werden. Erste Vorboten erleben wir schon. In Berlin soll die S-Bahn teilprivatisiert werden und in Deutschlands



Die neuen Vorsitzenden der LINKEN: Katja Kipping und Bernd Riexinger

die gegenwärtige Krise ausgelöst haben und eben nicht zu hohe Löhne, zu hohe Sozialleistungen und zu hohe öffentliche Ausgaben, ist in ihrem Weltbild kein Platz, das ist fatal und wird sich rächen. Die Bürgerinnen und Bürger kennen die Realität in ihren Städten und Gemeinden, wissen, dass schon heute Schulen verfallen, Theater geschlossen werden und Schwimmbäder verfaulen. All dies wird durch den „Fiskalpakt“ multipliziert. Diese Schuldenbremse wird kommunale Ausgaben minimieren. Die einzigen, die sich eine solche Politik leisten können, sind die Profiteure der gegenwärtigen Situation, die

Großstädten fehlen schon heute 100 000 Wohnungen. Ursache ist u.a. der Rückzug des Bundes aus der staatlichen Wohnungsbauförderung von der besonders Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen profitiert haben. Es gilt deshalb den Kampf um das Öffentliche anzunehmen, den Diebstahl öffentlichen Eigentums nicht länger hinzunehmen.

Das Zutrauen in Politik, auch in LINKE, hat in den letzten Jahren gelitten. Dies darf aber kein Grund zum Nachlassen sein, im Gegenteil. Wir müssen heute intensiver als je zuvor für einen Politikwechsel werben und sind dazu bereit.

Katja Kipping: Wir sagen Nein zum Fiskalpakt

Die Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, erklärte zu der Einigung zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün über die Verabschiedung des Fiskalpakts:

Die Einigung zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb löst die Grundprobleme des Fiskalpakts nicht. Die Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen wird in Marmor gemeißelt. Zu allen Fragen der Wachstumsförderung und Finanzmarktregulierung gibt es hingegen nur unverbindliche Absichtserklärungen. Der Fiskalpakt ist und bleibt ein Sargnagel für die europäische Idee. Eine wirkliche Beteiligung der Profiteure und Verursacher der Krise an den Finanzmärkten ist nicht vorgesehen. Ohne eine drastische Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen ist kein Ausweg aus der Krise möglich. Ohne eine gerechte Lastenverteilung bedeutet der

Fiskalpakt puren Sozialabbau.

DIE LINKE sagt im Bundestag zum Fiskalpakt als einzige Fraktion geschlossenen Nein. Wir können keinem Gesetz zustimmen, das die Lebenschancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner und der Erwerbslosen nachhaltig einschränkt. Wir können nicht Ja sagen, wenn per Gesetz demokratische Kernrechte des Parlaments eingeschränkt werden. Wir werden uns entschieden dagegen wehren, dass die Lasten der europäischen Wirtschafts- und Bankenkrise auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden. Wir werden, falls eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat Fiskalpakt und ESM verabschiedet, vor dem Bundesverfassungsgericht klagen und eine Eilentscheidung beantragen, um die Ratifizierung im Hauruckverfahren zu stoppen.

Michael Schlecht: SPD und Grüne stimmen Fiskalpakt zu

Damit wird eine scharf wirkende europaweite Schuldenbremse im Grundgesetz festgeschrieben. Und zwar mit einer „Ewigkeitsgarantie“. In Zukunft kann keine andere Mehrheit im Bundestag die Regelung wieder streichen.

Dann werden die Staatshaushalte auf Teufel komm raus herunter gekürzt, der Sozialstaat europaweit weiter zusammengeknüpelt. Denn: Haushaltsanierung mit Mehreinnahmen durch massive Besteuerung von Vermögenden und Reichen ist nicht vorgesehen! Etwa eine groß dimensionierte europaweite Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre ist für Union, FDP, SPD und Grüne tabu. Damit wäre es möglich die europaweite Verschuldung massiv zu drücken.

Offiziell erklärten SPD und Grüne in den letzten Wochen, sie wollten nur zustimmen, wenn eine Finanztransaktionssteuer und Wachstumsimpulse gleichzeitig mit vereinbart würden. Angeblich sei dieses Ziel jetzt erreicht. Das „Entgegenkommen“ der Regierung ist jedoch mehr als dünn und vage, es gleicht einem Feigenblatt für SPD und Grüne. Und um mehr ging es nie.

Dies wurde auch in den Verhandlungen deutlich. Ich habe selbst erlebt, wie in der Arbeitsgruppe Wirtschaft SPD und Grüne ihre ohnehin bescheidenen Forderungen eher bettelnd vortrugen. Sie hätten offensiv mit der Verweigerung der Zustimmung im Parlament drohen können. Da sie das nicht wollten, haben sie damit auch nicht gedroht.

Bis Ende 2012 wird eine europäische Regelung für eine Finanztransaktionssteuer angestrebt. Dazu müssen min-

destens neun Länder gefunden werden, die mitmachen und sich in wenigen Monaten einigen. Die Gefahr des Scheiterns ist riesengroß. Ist dies der Fall, dann „wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, eine Besteuerung in möglichst vielen Mitgliedsstaaten im Rahmen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu erreichen,“ so heißt es in dem Beschlusspapier. Na prima, sagt sich da die FDP, dann wird es wohl kaum bis zur nächsten Bundestagswahl eine Finanztransaktionssteuer geben.

Hinzu kommt, dass „die Auswirkung der Steuer auf ... die Realwirtschaft (!! d.V.) zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden“ sind. Na, noch besser, sagt sich da FDP-Mann Brüderle, da haben wir einen weiteren Hebel um die Finanztransaktionssteuer ins Leere laufen zu lassen. Denn: Eine Finanztransaktionssteuer ohne „negative Folgen“, also Kosten für „die Realwirtschaft“ ist schier undenkbar.

Und es soll Wachstumsimpulse geben! Das naheliegende wird komplett ausgeblendet, ist überhaupt nicht diskutiert worden: Auf Druck vor allem von Merkel wird Europa bis 2014 mit Sozial- und anderen Haushaltskürzungen von mehr als 500 Milliarden Euro überzogen. Dies hat zur Folge, dass die Wirtschaft nicht nur in Griechenland, sondern auch in Spanien und Italien immer stärker einbricht und der Kollaps droht. Wer meint diese gefährliche Logik verstanden zu haben und Wachstum fordert, der müsste ja wohl erst einmal diese Kürzungen stoppen. Oder zumindest massiv abschwächen.

Stattdessen wurde in der Arbeitsgruppe Wirtschaft im Sandkasten gespielt. Als die Bundesregierung versprach sich für eine Kapitalaufstockung um zehn Milliarden bei der Europäischen Investitionsbank stark zu machen, geriet der Unterhändler der SPD, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil vor Verzückung glatt ins Schwärmen. Schnell wurde ausgerechnet, dass so in den nächsten vier Jahren zusätzliche Kredite von 60 Milliarden Euro möglich sein könnten.

Ein „wunderbarer“ Wachstumsimpuls: Erst knüpelt man die Länder mit Kürzungen von mehr als 500 Milliarden herunter und dann bietet man ihnen Kredite von vier mal 15 Milliarden an. Wenn viele Unternehmen dann erst mal pleite sind, wird es auch keine Kreditnachfrage geben.

SPD und Grüne haben ihr Feigenblatt. Sie wollen von Anbeginn an die Schuldenbremse, die sie ja für Deutschland selbst vor wenigen Jahren mit eingeführt haben, auf Europa in verschärfter Form übertragen.

SPD und Grüne wollen faktisch ihre Politik der Agenda 2010 fortsetzen. Deshalb stehen sie an der Seite von Merkel und Brüderle. Die Dramatik beschreibt der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Stephan Schulmeister: „Gegen den Fiskalpakt ist Hartz IV eine Lapalalie.“

(Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt der Bundestagsfraktion)



Blockupy-Demonstration in Frankfurt am 26. Mai.

Fotos: Jürgen Patzelt

Antrag der LINKEN (Auszüge) im Deutschen Bundestag (17/10153) vom 27. Juni: „Ratifizierung des Fiskalvertrags stoppen – Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum und eine ursachenorientierte Politik zur Krisenbewältigung einleiten“

Neustart für ein freies, demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Bundestag lehnt das Gesetz zur Ratifizierung des „Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion“ ab.

2. Eurozone und Europäische Union (EU) befinden sich in der Krise (...) Die ökonomische und soziale Situation Griechenlands bleibt dramatisch (...). Die Austeritätspolitik gefährdet zunehmend die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Um die längst nicht nur im südlichen Euroraum drohende Rezession abzuwenden und die angebliche „Schuldenkrise“ zu überwinden, braucht Europa nachhaltige Wachstumsprogramme, eine effektive Regulierung der Finanzmärkte und eine umfassende Reform der Staatsfinanzierung.

3. (...) Der Vertrag sieht Sanktionen bei Regelverstößen vor und greift damit massiv in die Haushaltssouveränität der Staaten ein. Die strikten fiskalpolitischen Regeln werden europaweit zu einem beschleunigtem Staats- und Sozialabbau sowie zur fortschreitenden Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten führen. Sie machen eine aktive antizyklische Konjunkturpolitik unmöglich, hemmen das Wachstum und vertiefen das sozio-ökonomische Gefälle zwischen den Mitgliedsländern weiter. Der Fiskalvertrag soll den Austeritätskurs somit nicht nur fortsetzen, sondern verschärfen, vertraglich bindend festschreiben und unumkehrbar machen.

4. (...) Die am 24. Juni 2012 getroffene Einigung mit den Ministerpräsidenten enthält zwar Zugeständnisse an Länder und Kommunen, die durch den Fiskalvertrag massiv unter Druck geraten, da dessen Vorgaben zu Neuverschuldung und Schuldenabbau strenger sind und schneller greifen als die deutsche Schuldenbremse. Die Zusagen der Bundesregierung sind jedoch nicht ausreichend, so dass Länder und insbesondere Kommunen mit Inkrafttreten des Fiskalvertrags zu weitreichenden Kürzungen gezwungen werden.

5. Der Fiskalvertrag verletzt grundlegende Prinzipien der Demokratie in Deutschland und Europa, da er die Entscheidungsspielräume der nationalen Parlamente in der zentralen Frage der Haushaltsgestaltung massiv einschränkt und das Budgetrecht faktisch außer Kraft setzt, wenn ein Staat die Defizit- und Schuldenabbauregeln verfehlt. Auch das Europäische Parlament (EP) wird völlig marginalisiert. Nicht zuletzt verstößt der Fiskalvertrag auch gegen das deutsche Grundgesetz (GG). Eine Schuldenbremse ist nicht nur unvereinbar mit dem Demokratieprinzip nach Artikel 20 Absatz 2 GG, aus dem die

demokratische Budgetverantwortung des jeweiligen Bundestags folgt. Eine Aufhebung oder Änderung dieser Bestimmungen durch den deutschen Verfassungsgeber soll durch den Fiskalvertrag sogar dauerhaft unmöglich gemacht werden. Das Ratifizierungsgesetz zum Fiskalvertrag verstößt damit gegen auch gegen die Ewigkeitsgarantie des Artikel 79 Absatz 3 GG.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Ratifizierung des „Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ bzw. des Fiskalvertrags nicht weiter zu verfolgen und das Gesetz zur Ratifizierung der Vertragsänderung zurückzuziehen (...).

2. (...) bei Mitgliedstaaten dafür zu werben, den Fiskalvertrag nicht zu ratifizieren;

3. die wirklichen Krisenursachen zu bekämpfen und deshalb

a) sich dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Haushalte der Eurozone vom Diktat der Finanzmärkte befreit werden, indem eine Bank für öffentliche Anleihen ohne Umweg über private Banken und ohne Zinsaufschlag den Staaten Kredit einräumt und sich bei der Europäischen Zentralbank refinanziert;

b) sich dafür einzusetzen, dass bei überschuldeten Staaten ein ausreichender Schuldenschnitt erfolgt und dass ein Insolvenzverfahren für Staaten geschaffen wird, welches einen rechtzeitigen und ausreichenden Schuldenschnitt zukünftig in einem geordneten Verfahren ermöglicht;

c) sich dafür einzusetzen, eine EU-weit koordinierte Vermögensabgabe zur Krisenfinanzierung heranzuziehen;

d) sich dafür einzusetzen, die Finanzmärkte streng zu regulieren und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Vergesellschaftung der privaten Großbanken vorsieht und diese Banken auf die Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückführt;

e) unverzüglich Gesetzentwürfe für geeignete Maßnahmen – wie einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde – vorzulegen, die die Inlandsnachfrage erhöhen und Leistungsbilanzungleichgewichte auch mit anderen Staaten abbauen;

f) sich im Rat der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass entsprechend der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 (2008/2034(INI)) die EU eine Zielvorgabe zum Niveau von Mindestlöhnen in Höhe von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns verein-

bart, nebst eines verbindlichen Zeitplans zur Erreichung dieser Vorgabe in allen Mitgliedstaaten;

g) sich dafür einzusetzen, dass die krisenverschärfende Sparpolitik sofort beendet und ein umfassendes Zukunftsinvestitionsprogramm von mindestens 3 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung aufgelegt wird, das insbesondere den sozial-ökologischen Umbau befördert und die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen hilft;

h) sich für eine koordinierte europäische Steuerpolitik einzusetzen, die Steuerhinterziehung und Schattenfinanzplätze wirksam bekämpft sowie Steuerdumping verhindert;

i) alles in ihrer Macht stehende zu tun, um in der EU im Rahmen der



Verstärkten Zusammenarbeit die unverzügliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapierumsätze, Derivate- und Devisenumsätze mit einem Steuersatz von mindestens 0,05 Prozent nach dem Ansässigkeitsprinzip umzusetzen, um Handelsverlagerungen zu vermeiden, und darüber hinaus entschieden darauf hinzuwirken, dass die Finanztransaktionssteuer auch in der gesamten EU umgesetzt wird;

4. sich für eine grundlegende Reform der EU-Verträge einzusetzen (...) und ein Neustart für ein freies, demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa zu ermöglichen. Dabei dürfen weder die demokratischen Rechte der mitgliedstaatlichen Parlamente noch die des Europäischen Parlaments geschmälert oder umgangen werden;

5. zum Zweck einer solchen Reform der EU-Verträge vorzuschlagen, einen Konvent einzuberufen, der die Zusammensetzung sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente angemessen widerspiegelt und Zivilgesellschaft und Sozialpartner einbindet. Über das Ergebnis des Konvents sollen die Bevölkerungen der EU in einem Referendum entscheiden.



LINKE Freiburg: Aktion gegen Fiskalpaket

Ein dutzend Aktive aus der Freiburger LINKEN haben am 17. Juni, auf der Blauen Brücke in Freiburg gegen den Fiskalpaket und in internationaler Solidarität gegen die europaweite Kürzungspolitik demonstriert. Mit Transparenten wurden SPD und Grünen und deren Bundestagsabgeordnete aufgefordert, gemeinsam mit der LINKEN „Nein zum Fiskalpaket, Ja zur Demokratie“ zu sagen und bei der Bundestagsabstimmung den Fiskalpaket abzulehnen. Das wäre ein Beitrag aus Deutschland zur Unterstützung der Menschen in Griechenland und Spanien, die von der Merkel-Regierung und durch die Sparpakete immer stärker in die Armut gedrängt werden.



Solidarität mit Schlecker-Frauen

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Richard Pitterle besuchten im März 22. Mai Betriebsrätinnen von Schlecker mit ihrer Verdi-Gewerkschaftssekretärin Christina Frank den Deutschen Bundestag in Berlin. Dort wurde der aktuelle Stand der Schlecker-Insolvenz erörtert und Möglichkeiten zum Erhalt weiterer Arbeitsplätze und der Einrichtung einer Transferegesellschaft beraten. Gregor Gysi diskutierte mit den Kolleginnen über arbeitnehmerorientierte Wirtschaftspolitik, Demokratie in der Arbeitswelt und Lohnpolitik. Gregor Gysi und Richard Pitterle erklärten ihre Solidarität mit der Belegschaft. – Inzwischen sind die 600 Schlecker-Filialen geschlossen. Bernd Riexinger forderte eine Qualifizierungsgesellschaft, um allen Beschäftigten eine verlässliche, qualifizierte und fair bezahlte Berufsperspektiven zu bieten. Die linken Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg forderten am 29. Juni von Wirtschaftsminister Nils Schmid und der Landesregierung die Unterstützung eines Genossenschaftsmodells zur Weiterführung von Filialen, insbesondere zum Erhalt der Infrastruktur im ländlichen Raum.

Betriebsräte fordern Politik Solidarität mit den Beschäftigten bei Iveco Magirus in Ulm und Weisweil!

Beim LKW-Hersteller Iveco Magirus AG in Ulm, einem Unternehmen des Fiat-Konzerns, sollen Hunderte von Arbeitsplätzen abgebaut und nach Spanien verlagert werden. Auch im badischen Iveco-Magirus-Standort Weisweil bangen die Kollegen um ihre Arbeitsplätze. Dabei zeichnet sich folgende Konzernstrategie ab: Schritt 1: Rasche Einstellung der LKW-Produktion in Ulm bis zum 24. September und Verlagerung nach Madrid. Schritt 2: Schließung von Brandschutzproduktionsstandorten in Weisweil (Baden), in Chambery (Frankreich) in Kainbach (Österreich) und eventuell in Görlitz (Sachsen) bis zum Jahresende und Verlagerung nach Ulm, getarnt als (Ersatz-)Arbeitsplätze für Ulm. In Wirklichkeit ist das ein Konzept



Heilbronn, 13.6.12. Im Rahmen einer Unterschriftenaktion zeigten sich mehr als 1.300 Beschäftigte aus dem Unterland solidarisch. Die Unterschriftenlisten wurden auf der Betriebsversammlung bei CNH Deutschland in Heilbronn an den Betriebsrat von Iveco-Magirus Brandschutztechnik (Weisweil) übergeben. Auf unserem Bild von links: Johannes Müllerschön (BRV CNH Deutschland), Stefan Beha, Michael Hoffeat (Betriebsräte Iveco-Magirus Brandschutztechnik Weisweil) Quelle: <http://www.neckarsulm.igm.de/news/meldung.html?id=52567>

zur industriellen Zentralisierung und Rationalisierung der bisher eher regional und handwerksmäßig organisierten Produktion von Brandschutztechnik. Parallel zu beiden Schritten ist das Kassieren von Steuer- und EU-Mitteln für die Schaffung angeblich neuer Arbeitsplätze in Spanien und anderswo vorgesehen oder sogar ursächlich. Danach wird unauffällig weitergemacht wie bisher als sei nichts geschehen, nur noch profitabler. Diese Strategie kommt ins Wanken. Aktuell über 25 000 Unterstützungsunterschriften „Für eine Zukunft der Iveco Arbeitsplätze in Deutschland und in Europa“ – „Für ein Miteinander ohne Standortkonkurrenz“ stehen ebenso gegen diese Konzernstrategie wie gemein-



DIE LINKE unterstützt Iveco-Beschäftigte gegen Entlassungen!

Ulm, 23.6.12. Michael Schlecht (MdB-DIE LINKE) und Eva-Maria Glathe-Braun (DIE LINKE, KV Ulm) beim Unterschriftensammeln in der Innenstadt am Iveco-Infostand. Rechts im Bild der KBR-Vorsitzende von Iveco Willy Schmidt.

same Aktionen und standortübergreifende Solidaritätsaktionen.

Bereits kurz nach Publizierung der Verlagerungspläne am 7.5.12 wurde von IG Metall und Betriebsrat die Politik

eingeschaltet. Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Nils Schmidt gründete eine Task Force Iveco und bekam sogar einen Termin beim Iveco-Manager Alfredo Altavilla. Der Ulmer OB Gönner und Hilde Mathis, SPD-MdB in Ulm, haben Unterstützung zugesagt. Am Rande des „Ulmer Südwest Presse“-Forum mit dem EU Kommissar Günther Oettinger wurde diesem das Anliegen der Ulmer Belegschaft ebenso vorgetragen, unterstützt durch 17-Iveco-Kolleginnen und -Kollegen mit ihren schwarzen „Wir sind Iveco Magirus“-T-Shirts. Der Bundestagsabgeordnete Richard Pitterle (DIE LINKE) lud Betriebsräte der Heilbronner Fiat Betriebe in sein dortiges Wahlkreisbüro ein zum Erfahrungsaustausch.

Allein am Samstag, dem 23.6.12, wurden in der Ulmer Innenstadt 3559 Unterschriften gesammelt von ca. 150 Aktivisten im „Wir sind Iveco Magirus“ T-Shirt. Die Ulmer Beschäftigten von Iveco Magirus bekamen dabei bundesweite Unterstützung von weiteren

Fiat/Iveco Standorten unter anderem aus Weisweil, Heilbronn, Reutlingen, Berlin, Potsdam, Dresden und München. Davor hat sich in Ulm ein Bürgerforum Pro Iveco Magirus medienwirksam gegründet und die Unterstützungsarbeit aufgenommen.

Die Frage um die Zulässigkeit von EU- und staatlichen Subventionen im Zusammenhang mit Produktionsverlagerungen innerhalb der EU könnte sich noch als Schlüsselfrage herausstellen. Immerhin sind da 500 Millionen Euro im Gespräch ohne die der geplante Transfer für den Konzern uninteressant werden könnte. Sicher ist, dass ohne weiteren heftigen Druck von Belegschaften, Betriebsräten, Bürgerforum und „Politik“ noch nicht mal der gesetzwidrige Zeitplan der Konzernspitze geknackt werden kann. Über eine längere Zeitschiene möchte der Betriebsrat Verhandlungen beginnen über langfristige Lösungen für die Standorte ohne betriebsbedingte Kündigungen und ohne Standortkonkurrenz.

Johannes Müllerschön

Klasse Kitas für unsere Kinder!

Am 5. Mai fand in Stuttgart die Auftaktveranstaltung für die landesweite Kita-Kampagne der LINKEN statt. Gastreferentinnen waren Dagmar Schorsch-Brandt (stv. Landesleiterin von Verdi), Cornelia Vogel (GEW-Fachgruppe Kitas) und Rosemarie Hein (MdB, Parteivorstand der Linken). Bernd Riexinger machte die Einleitung, Elke Ehinger moderierte die Veranstaltung. Petra Fritsch, Vereinsvorsitzende des landesweiten Kita-Bündnisses, stellte die Arbeit ihrer Organisation und deren Positionen vor: bessere Betreuungsschlüssel, kleinere Gruppen, mehr Verfügungszeit, zweckgebundene Landeszuschüsse, bundeseinheitliche Orientierung.

Das Kita-Bündnis Baden-Württemberg ist erreichbar unter www.kita-buendnis.de und lädt zur Mitarbeit ein. Derzeit wird ein Reader unserer Veranstaltung erstellt. DIE LINKE hat inzwischen eine landesweite Postkartenaktion gestartet. Alle Kreisverbände wurden gebeten, diese zu unterstützen. Die Karten werden im Landesbüro gesammelt und der Landesregierung bei passender Gelegenheit übergeben. Mit der Kartenaktion machen wir Werbung für bessere Qualität, gebührenfreie Kitas und Umsetzung des Rechtsanspruchs. Mit regionalen Veranstaltungen, Gesprächsrunden mit Eltern, ErzieherInnen und Kommunalpolitikerinnen, Besuchen von Einrichtungen und Infoaktionen soll die Kita-Kampagne fortgesetzt werden.



Abschlussklärung der Stuttgarter Tagung der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg „Klasse Kitas für unsere Kinder“ am 5. Mai 2012

Das „Kinderland“ Baden-Württemberg liegt im Bundesgebiet West im Mittelfeld bei der Kinderbetreuung. Um die gesetzliche Verpflichtung des Kita-Ausbaus bis zum Juli 2013 zu erfüllen, fehlen nicht nur 26 000 Betreuungsplätze und über 6 000 Erzieher und Erzieherinnen. Es fehlen Ganztagesplätze und Plätze für die Inklusion von Kindern mit Behinderung. In vielen ländlichen Landkreisen sind noch nicht einmal 10% der vorgeschriebenen Plätze vorhanden. Diese Notsituation ist Folge einer jahrelangen Verschleppung des Kita-Ausbaus durch die ehemalige CDU-FDP-Landesregierung.

Die Leidtragenden dieser Situation sind vor allem die Kinder. Denn Versäumnisse in der frühen Entwicklung werden später nur mühsam oder gar nicht mehr aufgeholt und kosten viel Geld.

Leidtragende sind besonders Kinder aus benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund, die besondere Förderung benötigen. Leidtragende sind Familien mit geringem Einkommen, die sich keine private Betreuung leisten können. Leidtragende sind alleinerziehende Frauen, die aufgrund fehlender Betreuungsplätze häufig eine schlecht bezahlte Teilzeitarbeit annehmen müssen. Und schließlich leidet die Entwicklung unseres ganzen Landes unter der Abwanderung von Familien aus Landkreisen mit schlechter sozialer Infrastruktur.

Deshalb fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Klasse Kitas für unsere Kinder“ (5. Mai 2012 in Stuttgart) zusammen mit den Gewerkschaften und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund von der Landesregierung ein Aktionsprogramm für den sofortigen Ausbau der Kitas im Land. Laut dem Kita-Urteil, das Nordrhein-Westfalen erstritten hat, ist jede Landesregierung zur Finanzierung verpflichtet. Wir akzeptieren weder die seit vier Jahren unge löste Finanzkrise noch die so genannte Schuldenbremse als Rechtfertigung, diese große gesellschaftliche Aufgabe weiter hinauszuschieben. Vielmehr muss die Landesregierung neue Prioritäten für unsere Kinder setzen, statt die Eltern mit schlecht bezahlten Tageseltern und einem völlig unzureichenden „Pakt für Familien mit Kindern“ zu vertrösten. Die wichtigsten Forderungen sind aktuell:

- 500 Millionen Euro für den fristgerechten Ausbau der Kitas, um den Rechtsanspruch der Eltern zu erfüllen und Klagen gegen die Kommunen abzuwenden
- Verbesserung des Personalschlüssels in den Kitas und deutliche Erhöhung des Entgelts für Tageseltern, damit die Betreuung attraktiver für junge Menschen wird
- Deutliche Erhöhung der Ausbildungsplätze für Erzieher und Erzieherinnen, um mittelfristig den Personalnotstand zu beseitigen.
- Eine schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit.

Das Geld für dieses Aktionsprogramm ist vorhanden. Die Beschäftigten dürfen nicht um die Steuermehreinnahmen des Landes betrogen werden, denn sie wurden von ihnen erwirtschaftet. Außerdem tritt die Tagung für eine starke Besteuerung der Millionärseinkommen ein: Unsere Kinder brauchen Zukunft und keine Spekulation an den Börsen auf unsere Kosten!

Imagekampagne für den Beruf ErzieherIn

In Deutschland gibt es nicht nur viel zu wenig Kita-Plätze, es fehlen in unserem Land schon jetzt mehr als 30 000 ErzieherInnen. Der schon seit langem bekannte Fachkräftemangel wurde von den Regierungen in Bund und Ländern jahrelang einfach ignoriert, doch jetzt – ein Jahr bevor der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kita-Platz wirksam wird – bricht Hektik, ja schon fast Panik aus. Ursula von der Leyen, die doch früher einmal den Beruf der Erzieherin aufwerten wollte, schlug zunächst vor, Hartz-IV-Empfängerinnen zu Erzieherinnen umzuschulen und kam jetzt auf die entlarvende Idee, Schlecker-Kassiererinnen könnten sich mit ihrer – von der Arbeitsministerin wohl vermuteten – „großen frühkindlich-pädagogischen Kompetenz“ in den Kitas bewähren. Kleinkindererziehung und -bildung ist in unserem Land „Gedöns“.

Dabei gehört der Beruf der ErzieherIn zu den anspruchsvollsten Tätigkeiten überhaupt; er verlangt hohes Einfühlungsvermögen, Nervenstärke, umfangreiche Kenntnisse in den Bereichen der Entwicklungsphysiologie und der Pädagogik, hohe körperliche und seelische Belastbarkeit und viel soziale Kompetenz im Umgang mit den oft schwierigen Eltern und Familien. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen um 60%, wenn sie regelmäßig eine Krippe besucht. Die soziale Schere geht schon im Kleinkindesalter auf und nicht erst bei der Einschulung, wenn mangelnde Deutschkenntnisse mancher

Kinder bemerkt werden. Umso weniger akzeptabel und verständlich ist die geplante Einführung des sogenannten Betreuungsgeldes.

Eine bessere Infrastruktur im Bereich der frühkindlichen Pädagogik kann langfristig steuerliche Mehreinnahmen von 14 Milliarden Euro jährlich einbringen!

In unserem Land wird wenig zum Thema frühkindliche Pädagogik geforscht, es gibt nur wenige Professorenstellen für Elementarpädagogik. Allerdings wurden in den letzten fünf Jahren an Universitäten und Hochschulen eine Reihe von Bachelor- und Masterstudiengängen eingerichtet. Aber, hochqualifiziertes Personal lässt sich nicht am Fließband produzieren, zudem wird in keinem vergleichbaren Land so wenig Geld für frühkindliche Betreuung und Bildung ausgegeben wie bei uns (nur 0,5% des BIP).

Daher: Schluss mit



der Mangelverwaltung. Der empfohlene Betreuungsschlüssel (U3: 1:3, Ü3: 1:6) muss eingehalten, die Landes-Bildungspläne müssen umgesetzt, die Finanzmittel erhöht werden.

Je jünger ein Kind desto mehr sollte in seine Bildung, Erziehung und Betreuung investiert werden. Versäumnisse im Kleinkindalter sind später nur sehr begrenzt wieder aufzuholen. Leider wird bei uns genau umgekehrt verfahren: Das Jahresgehalt etwa eines Lehrers/einer Lehrerin im Oberstufen-/Gymnasial-Bereich beträgt bis 64 000

Euro, im Realschul-Bereich bis 57 000 Euro, im Grundschul-Bereich bis 51 400 Euro und der Lohn einer Erzieherin 28 000 Euro. Dazu kommt: Etwa ein Drittel der ErzieherInnen beenden ihre Berufstätigkeit vorzeitig – dies ist nicht verwunderlich – leider ist auch Altersarmut hier vorprogrammiert.

Lothar Schuchmann,
DIE LINKE, KV
Freiburg

Die Linke im Gemeinderat Schwäbisch-Gmünd: Gegen Gebührenerhöhung bei der Kinderbetreuung

Bei der Gemeinderatssitzung am 14. Juni erklärte Gemeinderat Sebastian Fritz:

Die letzten Beratungen über die Gebührenordnung für die Kinderbetreuung standen unter dem Eindruck von Elternprotest und völligem Unverständnis über die extremen Steigerungen, die vorgesehen waren. Die Verwaltung hat damals gezeigt, dass sie lernfähig ist, und hat dem Protest und dem Druck nachgegeben. Aus Sicht von uns Linken sind wir aber noch nicht am Ende des Lerngangs angekommen, da die Gebührenordnung noch immer sehr ungerecht und unausgewogen ist. „Eine einheitliche Gebührenerhebung für die Kindertagesbetreuung ist sozial unausgewogen und wird der Nachfrage und dem Angebot nicht gerecht.“ Zu diesem Fazit kommt die I02-Städte-Studie, die im Auftrag der führenden Finanzplattform Geld.de erstellt wurde. Besonders erwähnt wurden dabei die unteren Lohngruppen und die Alleinerziehenden. Es ist schon verwunderlich, wie die Verwaltung von Gerechtigkeit bei der bestehenden Gebührenerhebung sprechen kann, wenn die alleinerziehende Mutter oder der alleinerziehende Vater oder eine Familie, die aufstockt, denselben Beitrag aufbringen muss wie ein besserverdienendes Elternpaar.

Der Verweis auf die bundesweiten Familienförderungsmöglichkeiten und den speziellen in Schwäbisch Gmünd ist zwar richtig, gleichzeitig hinkt er aber auch gewaltig. Was bringt es einem alleinerziehenden Elternteil, wenn sie oder er zwar von der Riesterkinderförderung profitieren könnten, sich es aber schlichtweg nicht leisten kann, zu „riestern“, da das Geld zu knapp ist?

Im Übrigen ist die Gebührenerhebung nach Einkommen gestaffelt in den Kindertagesbetreuungen tägliche Praxis in 50% der Städte in Deutschland, wie auch in unserer Nachbarstadt Aalen!

Wir fordern daher, dass die Belastung gleichmäßig verteilt wird, denn die jetzt vorgeschlagene „moderate“ Erhöhung mag für die einen wirklich moderat sein, für die anderen ist es aber eine weitere zusätzliche Belastung. Wir fordern Sie daher auf, den Schritt in eine sozial ausgewogene Gebührenerhebung zu gehen und dies nochmals zu überdenken.

Herr Dr. Bläse, Sie haben in einem Vorgespräch gesagt, dass Sie der Meinung sind, dass wir in Schwäbisch Gmünd die sozialen Ungerechtigkeiten nicht aufheben können. Da ist etwas dran, aber wir können unseren Beitrag dazu leisten, etwas dafür zu tun, dass es besser wird!

Linke in Tübingen: Soziale Ungerechtigkeiten wieder rückgängig machen!

„Politik von unten erneuern“. So war es im Tagblatt nach der Tübinger Bürgerkonferenz mit Minister Peter Friedrich zu lesen. „Die Entwicklungs-



zusammenarbeit lebe von Menschen die sich engagieren – im Weltladen, in Gruppen, in Verbänden“, so der Minister weiter. Doch bei uns in Tübingen werden dringende städtische Zuschussverbesserungen für die Sozialvereine seit 2009 ausgesetzt.

Die aktuelle Vorlage der Verwaltung zur „Beschäftigungsstruktur Zuschuss empfangender Vereine und Initiativen“ macht die prekäre Lage der Vereine und deren Angestellten sehr deutlich. Auch wenn der Anteil der hauptamtlich Beschäftigten gering ist, wird über die Hälfte nicht tarifgerecht bezahlt. Die

städtischen Zuschüsse haben sich von Jahr zu Jahr reduziert, es konnten immer weniger Ausgaben gedeckt werden. Die Vereine stehen vor der Frage, ob sie sich endgültig von der Tariftreue verabschieden oder Personal einsparen, das dann zu Lasten der Angebote.

Die Vorlage zeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Das heißt: jetzt sind Zuschusserhöhungen notwendig, um die aktuellen Tarifierhöhungen und sonstigen Kostensteigerungen wie z.B. Energiekosten zu decken und wenn gewollt ist, dass die Vereine möglichst ohne Einschränkungen weiter arbeiten können und ihre Fachkräfte nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Die geplante Erarbeitung einer Sozialkonzeption dauert zu lange. Werden die städtischen Zuschüsse für die Vereine, die in den Bereichen Soziales, Gesundheit sowie Gleichstellung und Integration arbeiten, nicht noch in

diesem Jahr erhöht, werden sie totgespart.

Gleichzeitig ist es uns Linken immer noch wichtig, dass die gekürzten Verfügungszeiten der ErzieherInnen in den Kindertageseinrichtungen wieder erhöht werden. Durch die Verkürzung von 9 Stunden pro Woche auf 7,5 Stunden werden fast zehn ErzieherInnenstellen zur Haushaltskonsolidierung eingespart und somit macht weniger Personal die gleiche Arbeit. Das bedeutet eine Verschlechterung der pädagogischen Arbeit mit Kindern. Das Spar- und Streichpaket wird auf dem Rücken der Beschäftigten und der Kinder ausgetragen. Jetzt muss die verbesserte Einnahmesituation der Kommunen genutzt werden, um solche sozialen Ungerechtigkeiten wieder rückgängig zu machen!

Angela Hauser, Stadt- und Kreisrätin in Tübingen

Altersvorsorge bei Frauen nach wie vor alarmierend

Sie räumen Supermarktregale ein, sie gehen putzen, sie servieren Essen – Millionen Frauen haben einen 400-Euro-Job. Nach einem gängigen Vorurteil wollen viele Frauen das so, angeleitet vom Prinzip „Netto gleich Brutto“. Die meisten aber bekommen nichts anderes als einen Minijob, weil Unternehmen zu wenige feste Stellen anbieten. Für die Altersabsicherung dieser Frauen sind die Konsequenzen fatal, weil nur geringe Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung anfallen. Die *Süddeutsche Zeitung* vom 28.3.2012 zitiert Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: eine Minijobberin, die ein Jahr lang tätig ist, hat einen monatlichen

Rentenanspruch von 3,11 Euro. Nach 45 Versicherungsjahren läge der Anspruch bei 139,95 im Monat.

Rentenansprüche deutlich geringer

Frauen sind aber nicht nur wegen geringfügiger Beschäftigung im Alter von Armut bedroht. Sie haben auch deshalb einen deutlich niedrigeren Rentenanspruch als Männer, weil sie meist Lebensphasen ohne eigenes Erwerbseinkommen durchlaufen und generell niedrigere Löhne beziehen. In Baden-Württemberg sind rund 56% der älteren Menschen Frauen. Knapp 40% von ihnen müssen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 700 Euro auskommen. Zum Vergleich: das trifft nur auf 7% der Männer zu!

„Die Altersvorsorge von Frauen ist und bleibt alarmierend“, sagt Yvonne Ploetz, die frauenpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag. Sie hat zu diesem Thema eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, die ja in den nächsten Monaten rentenrechtliche Reformen umsetzen will. Vorhaben der Regierung wie Zuschussrente für Geringverdienende oder Kombirente können das Problem drohender Altersarmut von Frauen aber ganz sicher nicht lösen. Die Zuschussrente verkauft die Bundesregierung als „zentrales Instrument im Kampf gegen die Altersarmut“ – wer viele Jahre zu Niedriglöhnen gearbeitet hat, soll die Niedrigrente künftig bis maximal 850 Euro aufgestockt bekommen. Das klingt zunächst gut, aber in der Praxis werden nur wenige von den 6,5 Millionen Frauen mit Minijob davon

profitieren. Zum einen ist das Instrument nur für ArbeitnehmerInnen gedacht, die vorzeitig Rente beziehen und weiterarbeiten möchten, zum anderen besteht ein Anspruch nur für diejenigen, die eine 45-jährige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung nachweisen können und außerdem eine private Zusatzvorsorge haben. Zur Bekämpfung von Altersarmut taugt die Zuschussrente ebenso wenig wie die Kombirente, bei der es um die Erhöhung der Zuverdienstgrenzen für RentenbezieherInnen ab 63 geht.

Kein Grund für Rentenkürzung

Die Bundesregierung muss dringend neue Pläne zur Beitragszahlung in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen vorlegen, anstatt derartige Mogelpackungen als „Instrument gegen Altersarmut“ anzupreisen. Die Rentenkassen sind auch nicht „aufgrund der demografischen Entwicklung“ leer, wie uns die Regierung weismachen will, sondern wegen der Ausweitung des Lohndumpings und der Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Es gibt keinen demographischen Grund für Rentenkürzungen. Trotz des wachsenden Anteils der älteren Bevölkerung sind steigende Renten realisierbar: durch steigende Produktivität der Arbeit und eine solidarische Verteilung. DIE LINKE will eine solidarische Rentenversicherung als Alterssicherung, die allen Menschen ein würdevolles Leben über der Armutsgrenze ermöglicht.

Marta Aparicio, Susanne Weiß,
LAG Frauen Baden-Württemberg

Merkel schützt
Superreiche
und die Banken!
Wir schützen
die Bürger!



Fachtagung „Für ein solidarisches Gesundheitswesen“

Einen ganzen Tag widmete die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Gesundheit am 12. Mai den aktuellen Fragen des Gesundheitswesens. Nach Stuttgart waren etwa 30 Interessierte und hochkarätige ReferentInnen gekommen. Eine lohnende, fachlich aufschlussreiche und politisch sehr aktuelle Veranstaltung war das. Sie soll von der LAG dokumentiert werden.

Das Themenfeld war weit gespannt. Eine Einschätzung der Situation nach den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst und den Auswirkungen der Fallpauschalen, das Finanzierungssystem in den Krankenhäusern, wurde im Grußwort von Günter Busch und im Referat von Dr. Thomas Böhm (beide Verdi) gegeben. Dort befürchtet man, dass die Krankenkassen künftig mit Selektivverträgen mit einzelnen Krankenhäusern („5000 Nieren im Raum Stuttgart“) niedrige Preise für die medizinischen Leistungen erzielen wollen. Der Wett-



Gesundheitstagung am 12. Mai, die ReferentInnen v.l.n.r.: Thomas Böhm, Lothar Schuchmann, Ronald Borkowski, Marianne Linke, Harald Weinberg, Monika Knoche, Günter Busch.

bewerb um billige Angebote würde den Druck auf das Pflegepersonal verstärken, und die gesetzlich Versicherten sollen ihr freies Zugangsrecht zu den Krankenhäusern verlieren, wenn es danach geht.

Ob eine tarifpolitische Regelung des Pflegepersonalschlüssels dabei ausreicht, um das Auspressen der Klinikbeschäftigten einzudämmen, wurde im Laufe der Diskussion bezweifelt. Die flächendeckende Einführung der Fallpreispauschalen hat starke und zwingende Systemwirkungen: Einstieg in die Privatisierung und Deregulierung, Dequalifizierung der vornehmlich weiblichen Beschäftigten, Sterben öffentlicher Allgemeinkrankenhäuser und steigende Krankenhauskonzernmacht. Die PatientInnen werden zu Kunden, deren Krankheiten vorwiegend noch wirtschaftliche Erfolgsfaktoren sind. Inzwischen nehmen beispielsweise Diagnosen zu, die den Krankenhäusern mehr Geld bei geringerem Aufwand pro Fallzahl bringen.

Mit der Forderung an Verdi, die politisch falsche Entscheidung zugunsten der rot-grünen Fallpauschalen zurück zu nehmen und sich gegen Markt und Wett-

bewerb als Steuerungsinstrument in der Daseinsvorsorge zu engagieren, wurde eine solidarisch kritische Positionierung gegenüber der Gewerkschaft vorgenommen, wie sie selten vorgebracht wird. Einig war man sich hingegen in der Forderung gegenüber der grün-roten Landesregierung, endlich die Investitionskosten der Kliniken voll zu tragen.

Die Themen marktconforme medizinische Versorgung und Veränderungen im Arzt-Patientenverhältnis waren bereits in der Einführung zur Veranstaltung von Lothar Schuchmann (LAG-Sprecher und selber Arzt) dargestellt und als ethisches Problem neuerer Zeit aufgezeigt worden. Auch Marianne Linke (BAG-Sprecherin und ehemalige Gesundheitsministerin in MV) kritisierte einführend im Kern die sachwidrige Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Um ethische und frauenrechtliche Fragen der Fortpflanzungsmedizin ging es auch im auf Frauen im Gesundheitswesen bezogenen Referat von Monika Knoche (Landesvorstand), das nicht nur die zehn teilnehmenden Frauen mit Interesse verfolgten. Hier wurde darauf hingewiesen, dass die neoliberale Gesundheitspolitik der letzten zehn Jahre vor allem auch zu Lasten dieser Frauen ging. Wie stark noch heute Geschlechterrollenbilder zu schlechterer Versorgung führen, war ein gedanklicher Ausflug, den man in der sonst sehr männerlastigen Gesundheitsszene selten hörte.

Auf der Finanzierungsseite des Gesundheitssystems wurde das Modell der Bürgerversicherung von Harald Weinberg (linker MdB im Gesundheitsausschuss) ausführlich vor-

gestellt und diskutiert. In der Diskussion zeigte sich, dass damit die Frage noch nicht ausreichend beantwortet ist, wie die paritätische Beteiligung der Arbeitgeberseite wieder vorangebracht wird, deren Gewinne pro Arbeitsplatz nicht einbezogen werden, während beschäftigungsintensive Wirtschaftszweige einen relativ hohen Sozialabgabenstand haben und alle Einkommensarten der Versicherten verbeitragt werden.

Doch blieb man nicht stehen bei der Beschreibung des Jetzt. Die neoliberale Gesetzgebung im deutschen Gesundheitswesen wird zukünftig zu wettbewerbsrechtlichen Zuständigkeiten der EU-Kommission führen. Man muss also damit rechnen, dass Zug um Zug die nationale Regelungskompetenz für die Daseinsvorsorge und für die Finanzierung verloren gehen wird.

Nach fünf Stunden konzentrierten Zuhörens und äußerst faktenreicher Vorträge stand der Wunsch im Raum, das alles nochmal nachlesen zu können. Und dennoch, so ein Teilnehmer, sind wichtige Fragen, beispielsweise die im ländlichen Raum, gar nicht behandelt worden. Auch die ambulante Versorgung und eine neue Konzeption „gesunde Städte und Gemeinden“, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Niederlassungsinteressen der Kassenärztlichen Vereinigungen richtet, mussten auf dieser Tagung vorerst zurückstehen. Alles in Allem aber zeigte sich deutlich: Die Linke hat gute Fachleute und alle Veranlassung, das Thema Gesundheit stärker nach außen zu transportieren.

Monika Knoche, Ronald Borkowski

Krankenhauswesen im Flächenkreis Biberach

Der Kreis Biberach unterhielt bis 2011 vier unterschiedlich große Kreiskrankenhäuser, die alle der Grundversorgung dienten. Der große Flächenlandkreis war dadurch medizinisch einigermaßen gleichmäßig wohnortnah versorgt.

Diese Kliniken waren bis zum Jahr 2005 ein Eigenbetrieb des Landkreises. Die Finanzierung erfolgte aus dem Kreishaushalt. Die Verwaltung und Ausschüsse des Kreistags steuerten und überwachten den Betrieb. Danach wurde der Eigenbetrieb in eine GmbH umgewandelt, deren Gesellschafter der Kreistag war. Das war gewissermaßen die „Ursünde“. Der Aufsichtsrat wurde aus dem Kreistag besetzt, Aufsichtsratsvorsitzender war der Landrat. An die Stelle des Dezernenten trat ein Geschäftsführer. Nach der Kommunalwahl 2009 fanden mehrere Klausurtagungen zum Thema statt. Dabei wurde vor allem

ein riesiger Investitionsstau festgestellt, verursacht durch neue Herausforderungen zum Teil der Medizin, zum Teil der Technik, zum Teil durch neue rechtliche Regelungen, zum Teil aber auch durch die Gewinnerzielungsabsicht der Krankenhaus-GmbH. So wie bisher waren die Kliniken im Kreis jedenfalls nicht weiter zu betreiben.

Im März 2011 beschloss der Kreistag, die kleinste der drei Kliniken zu schließen und in ein „Gesundheitszentrum“ umzuwandeln. Diese Absicht scheiterte allerdings bis heute, auch an der mangelnden Kooperation der niedergelassenen Ärzte. Gleichzeitig wurde beschlossen, in Biberach ein Krankenhaus neu zu bauen und die beiden anderen in Riedlingen und Laupheim „fortzuentwickeln“. D.h. nicht mehr an allen Standorten wurden alle Abteilungen wie Geburtshilfe, Gynäkologie, Chirurgie

und Inneres, aufrechterhalten, sondern sie sollten spezialisiert werden. Schon das damals erkennbare jährliche Betriebskostendefizit von ca. 1,6 Mio Euro hätte eine Kreisumlagerhöhung von ca. 3 bis 4 Punkten bedeutet. Außerdem wurde beschlossen, diese zwei Kliniken einer jährlichen Evaluation in Bezug auf den finanziellen Erfolg zu unterwerfen.

Im Lauf des Jahres 2011 wurde das Defizit deutlich größer (im Sommer waren es 3,5 Mio Euro, im Februar 2012 waren es 9,5 Mio Euro. Es wurde allerdings von der Verwaltung bis heute nicht geklärt, an welchen Klinikstandorten und in welchen Abteilungen die Defizite entstanden).

Im März und endgültig am 15. Mai 2012 beschloss der Kreistag Biberach mit Mehrheit gegen massiven Widerstand der betroffenen Bevölkerung, die zwei Krankenhäuser zu schließen und für die neu zu bauende Kreisklinik in Biberach einen „strategischen Partner“ zu suchen, d.h. die Klinik zu privatisieren. Eine „strukturierte Ausschreibung“ soll das Instrument sein, diesen Partner zu finden. In der entscheidenden Abstimmung waren bis zu zehn Vertreter einer privaten Klinikette anwesend. In der Diskussion und in der Abstimmung waren zwar alle Fraktionen gespalten. Alternativen (z.B. Teilprivatisierung, Kooperation mit öffentlichen, bzw. mindestens gemeinnützigen Trägern u.ä.) wurden aber nicht ernsthaft diskutiert. Grundsätzlich gegen jede Form der Privatisierung ausgesprochen hat sich nur der einzige Kreisrat der Linkspartei. Die Linkspartei hat sich auch als einzige politische Gruppierung in der Öffentlichkeit eindeutig erklärt.

Die Ursachen

Nach der Umwandlung in die GmbH trat der Landkreis auch aus dem kommunalen Arbeitgeberverband aus, um der Tarifpflicht zu entgehen. Vor allem Chefarztverträge wurden nun teilweise in undurchsichtiger Weise ausgehandelt. Auch dadurch bedingt entwickelte sich teilweise ein sehr schlechtes Betriebsklima. Erst 2011, nach heftigen Auseinandersetzungen, trat der Kreis wieder dem Verband bei.

Im Aufsichtsrat entstand ein Pflichtenkonflikt: Als Kreisräte waren die Mitglieder dem gesetzlichen Auftrag der Gebietskörperschaft verpflichtet, die Gesundheitsversorgung im Landkreis zu sichern. Als Aufsichtsräte einer GmbH hatten sie die rechtliche Pflicht, ausschließlich das wirtschaftliche Wohlergehen der GmbH zu fördern. Sonst machten sie sich der Untreue schuldig, eines Straftatbestands. In dieser Zwickmühle haben offenbar diese Räte die Augen vor der absehbaren Entwicklung verschlossen, solange noch der Kurs ins nicht mehr tragbare Defizit zu ändern

gewesen wäre. Auch die Rechnungsprüfungsfirma versäumte ihre Pflicht, rechtzeitig auf die Entwicklung aufmerksam zu machen und Auswege aufzuzeigen.

Etwa zur gleichen Zeit begann auch ein Paradigmenwechsel in der Medizin und der Gesundheitspolitik. Einerseits änderte sich das Finanzierungssystem im Gesundheitswesen. Nach einer Übergangszeit traten die sogenannten Fallpauschalen (DRG) in Kraft, die sich an den bundesweiten Kostenstrukturen der Großkliniken orientierten, die natürlich geringere Insgemeinkosten hatten. Der dafür zur Verfügung stehende Betrag war auf Landesebene budgetiert, d. h. gedeckelt.

Auch deshalb tendierte die Medizin immer mehr zur ambulanten Behandlung, weg von der stationären. Über den „Krankenhausbedarfsplan“ wurden viele kleine Krankenhäuser geschlossen.

Bund und Land erfüllen auch seit vielen Jahren ihre Verpflichtung nicht mehr, die Investitionskosten zu tragen. Die Erlöse der Kliniken flossen daher nicht mehr primär in die Behandlung und Pflege, sondern in die „Hardware“.

Auch honorierten die Kassen keine Behandlungen mehr, die an einer Klinik nicht in ausreichender Zahl stattfanden. Das führte zu einem Ausbluten der kleinen Kliniken im dünn besiedelten ländlichen Raum. Junge Ärzte konnten dort ihre Facharztausbildung nicht mehr abschließen. Sie gingen also an Großkliniken mit vielen Fachchefsärzten. Das hatte zur Folge, dass die ärztliche Bereitschaft in den kleinen Kliniken nicht mehr gewährleistet war. Vielfach mussten daher Abteilungen vorübergehend schließen. Der Ausweg, kurzfristig Honorärärzte, also ärztliche „Leiharbeiter“ zu beschäftigen, verbietet sich mindestens auf Dauer sowohl aus finanziellen, als auch aus Gründen der Qualität vieler dieser Mediziner. Auch fast alle niedergelassenen Fachärzte im Landkreis haben ihre Praxis in Biberach.

Der riesige Flächenkreis Biberach (ca. 100 Kilometer im Ost-West-Durchmesser) ist asymmetrisch strukturiert. Einem florierenden, teilweise boomenden Kreisteil im Osten stehen dünn besiedelte strukturschwache Kreisteile im Süden und Westen gegenüber.

Ein großer Teil der Kreisbevölkerung lebt im Einzugsbereich der Biberacher Klinik und ist von den Schließungen nicht betroffen. Die Bürgermeister im Kreistag (größtenteils Freie Wähler und CDU, aber auch ein SPD-OB und ein grüner Bürgermeister) haben kein Interesse, eine höhere Kreisumlage zu bezahlen. Die Stadt Biberach allein zahlt etwa 25 % der (niedrigen) Kreisumlage und finanziert lieber ihre eigene defizitäre Stadtbücherei, Museum, VHS, als mehr Geld über die Kreisumlage für andere Kreisteile auszugeben. Dazu

kommt, dass die Stadt Biberach in diesem Zusammenhang auch noch von einem Grundstücksgeschäft mit dem Kreis profitieren will.

Die Folgen

Für die Wirtschaftlichkeit eines neuen, einzigen Krankenhauses im Kreis Biberach ist es entscheidend, dass viele Patienten der bisherigen Kliniken nach Biberach gehen werden. Entgegen den Schätzungen der Verwaltung, die der Planung zugrunde lagen (mehr als die Hälfte!) gehen unbefangene Schätzungen davon aus, dass das so nicht stattfinden wird, nicht nur aus praktischen Gründen, sondern auch aus Zorn über die Schließungen.

Laupheim hat zur neuen Klinik der Grundversorgung 15 Kilometer Entfernung, zu Kliniken des höchsten Standards in Ulm 20 Kilometer. Ochsenhausen hat etwa gleich weit nach Biberach wie nach Memmingen, wo eine herausragende Klinik besteht. Auch sind Sigmaringen, Saulgau und Ehingen näher als Biberach. Viele Riedlinger Patienten sind infolge der Ausdünnung der Riedlinger Klinik und der Notfallpraxiseinteilung durch die KV auch jetzt schon an diese Standorte gewöhnt.

Seit jeher kommen ungefähr 30% der Riedlinger Patienten von der Riedlinger Alb, d.h. aus dem Kreis Reutlingen. Diese gehen in Zukunft entweder nach Reutlingen oder nach Münsingen oder bestenfalls nach Ehingen.

Für den Raum Riedlingen ist die Schließung katastrophal. Eine gravierende Folge ist, dass bisher immer noch gut funktionierende Strukturen (z.B. in der Geburtshilfe, von einem Belegarzt geführt) zerschlagen werden, wenn nicht ein Mindestbestand an stationärer Behandlung erhalten bleibt. Selbst die ambulante Behandlung von Notfällen, vor allem Schulunfällen, kann nicht mehr stattfinden. Für die Schulstadt Riedlingen (Gymnasium, Sozialwirtschaftliches Gymnasium, Abendgymnasium, Wirtschaftsoberschule, Berufsschule, Realschule, Grund- und Hauptschule, bzw. Werkrealschule, Förderschule, Fachhochschule) ein Horrorszenario!

Eine zusätzliche Gefahr wurde kaum beachtet: Auch ein neues einziges Krankenhaus in Biberach wird ein kleines, von der Gesundheitspolitik nicht gewolltes kleines Krankenhaus sein, daher nicht wirtschaftlich zu betreiben. Ein privater Investor will (legitimerweise) Gewinne machen. Wenn das nicht der Fall ist, wird er vom Landkreis entweder die Deckung des Abmangels verlangen oder er schmeißt dem Landkreis nach einiger Zeit die Fehlinvestition vor die Füße. Im *Worst Case* hat der Kreis dann in sieben Jahren ein neues Krankenhaus, das in zehn Jahren zugemacht wird.

Ulrich Widmann, Kreisrat Die Linke

Die Linke.SDS vernetzt sich landesweit

In Baden-Württemberg hat der Linkspartei-nahe Studierendenverband seine kommenden Vorhaben für die nächsten Semester beschlossen. Unter dem Titel „Krise, Ökonomie, Kritik“ werden die linken Studierenden am Samstag, 3. November 2012 (ab 10 h) in der Universität Freiburg einen landesweiten Kongress veranstalten. Hochschulpolitisch befasste sich die Versammlung in Karlsruhe insbesondere mit der anstehenden Einführung der Verfassten Studierendenschaft. Kritik gab es vor

allem an der Fixierung auf das hochschulpolitische Mandat, welches zwar den Bereich, zu dem sich die studentischen Selbstverwaltungen äußern dürfen, erweitert, aber die Studierendenvertretungen nach wie vor bevormundet. In den LandessprecherInnenrat wurden bei den anstehenden Neuwahlen Julien Ferrat (AStA-Mitglied der Uni Mannheim), Daniel Anton (PH Freiburg), Alexander Hummel (Uni Heidelberg) und Hilke Hochheiden (Uni Mannheim) von der Landesmitgliederversammlung gewählt.



Linksjugend diskutierte im Mannheimer Gewerkschaftshaus



Linksjugend Mannheim: Azubikonferenz „Schule. Betrieb. Übernahme?“

Am 18. Juni 2012 hat die Linksjugend Mannheim die Azubikonferenz „Schule. Betrieb. Übernahme?“ im Gewerkschaftshaus veranstaltet. Über 30 Gewerkschaftsmitglieder nahmen das Programmangebot wahr und folgten der Einladung der jungen Linken sich an der Fachtagung zu beteiligen. Die Konferenz begann mit einem verlesenen Grußwort des Mannheimer Bundestagsabgeordneten Michael Schlecht. Anschließend diskutierte Linksjugend-Kreissprecherin Mia Selin Gören auf dem ersten Podium mit Dennis Ewert von der Geschäftsführung der Verdi-Jugend und Simon Sontowski vom Kreisvorstand der Linkspartei über die derzeitige Situation der Auszubildenden im Dienstleistungsbereich. Beide forderten eine bessere Bezahlung

für Azubis und sprachen sich für eine Ausbildungsplatzumlage aus.

Im Anschluss ging Linksjugend-Bundessprecherin Julia Range mit einer Rede auf die Bedeutung gewerkschaftlichen Engagements für Auszubildende ein. Abschließend diskutierte Linksjugend-Kreissprecher Julien Ferrat auf dem zweiten Podium mit dem stellvertretenden DGB-Regionsvorsitzenden Lars Treusch und dem Mannheimer IG-Metall-Jugendsekretär Daniel Warkocz über die jüngsten Tarifaueinandersetzungen in der Metall- und Elektro-Industrie. Beide lobten den Tarifvertrag hinsichtlich der vereinbarten Übernahmeregelung für Azubis und äußerten sich der aktuellen Form von Leiharbeit ablehnend gegenüber.

KIT nicht mehr exzellent – kein Beinbruch

Der Verlust eines großen Teils der Mittel aus der Exzellenzinitiative kann für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) längerfristig sogar positive Wirkungen haben. DIE LINKE in Karlsruhe fordert neue Weichenstellungen: Gelder müssen jetzt in die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen fließen.

„Die Fördergelder der Exzellenzinitiative haben im Forschungsbereich Goldgräberstimmungen ausgelöst, während die Probleme bei der Lehre und den Studienbedingungen in den Hintergrund gedrängt worden sind.“

Nachdem das Strohfeuer der Exzellenz erloschen ist, fordert DIE LINKE Karlsruhe ein Umdenken am KIT: Eine

langfristige Qualitätssicherung des KIT ist nur mit der Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen erreichbar. Nur so kann es gelingen, allen Studierenden die bestmögliche akademische Ausbildung zukommen zu lassen – was wiederum der Forschung nutzt. Der Trend der letzten Jahre, die Ressourcen der Universitäten immer mehr für kurzfristige Forschungsinteressen aus der Wirtschaft einzusetzen und dabei die Lehre zu vernachlässigen, werde längerfristig weitaus schlimmere Folgen haben als der aktuelle Verlust eines großen Teils der Mittel aus der Exzellenzinitiative.

Die Art und Weise der Vergabe von Mitteln in der deutschen Hochschulland-

schaft sollten grundsätzlich reformiert werden: „Statt der Schaffung einzelner Leuchtturmprojekte und deren Etikettierung mit einem historisch höchst problematischen und undemokratischen Elitebegriff, muss das seit Jahren unterfinanzierte Hochschulsystem in der Fläche mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.“

„Zivilklausel“ für Hochschulen in Baden-Württemberg!

In einem Beschluss des letzten Landesparteitages fordert DIE LINKE in Baden-Württemberg SPD und Grüne auf, ihre Wahlversprechen einzuhalten und Forschung in Baden-Württemberg nur für zivile und friedliche Zwecke zuzulassen. Im Zuge der Novellierung des Landeshochschulgesetzes 2012 soll eine landesweite Zivilklausel für alle Hochschulen in Baden-Württemberg eingeführt werden.

Sowohl das Verteidigungsministerium als auch die Rüstungsindustrie versuchen zunehmend auf die Inhalte der Forschung an den Hochschulen Einfluss zu nehmen. Dies widerspricht einer Wissenschaft in öffentlicher Verantwortung. Es darf nicht Aufgabe der Hochschulen sein, für militärische Zwecke zu forschen. Deshalb muss gesetzlich geregelt werden, dass die Forschung an den Hochschulen in Baden-Württemberg ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dient.

SPD und Grüne haben noch im Landtagswahlkampf gefordert, an allen baden-württembergischen Hochschulen Forschung ausschließlich für friedliche Zwecke zuzulassen. Nach der Regierungsübernahme jedoch konnten Kretschmann & Co. offensichtlich dem Druck der Rüstungsindustrie nicht standhalten und haben nun die Position der alten CDU-geführten Landesregierung übernommen.

Darf Karlsruher Institut für Technologie nur friedlichen Zwecken dienen?

Im Juni 2009 wurde per Landesgesetz die Zusammenlegung der Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe (FZK) zu einer neuartigen Körperschaft öffentlichen Rechts, dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT), beschlossen. Das FZK hat seit seiner Gründung einen Ausschluss jeglicher Forschung für militärische Zwecke in seiner Satzung verankert, während die alte Universität einer solchen Bindung nicht unterlag. Bei der Zusammenlegung stellte sich die Frage, ob für das KIT auch eine solche Zivilklausel gelten sollte. Entweder hätte die Friedensbindung auf



Linksfraktion unterstützt Datenbank zur Rüstungsforschung an deutschen Hochschulen

Einen symbolischen Scheck in Höhe von 1000 Euro übergab die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Karin Binder stellvertretend für den Spenden-Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. an NatWiss, die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. Mit diesem Betrag soll der Aufbau einer Datenbank zur Rüstungsforschung an Deutschen Unis und einer Webseite zur Zivilklausel gewährleistet werden. Zusätzliche Unterstützung erfährt das Projekt durch die Landesgruppe der baden-württembergischen Abgeordneten der Linksfraktion, die mit weiteren 1880 Euro den Werkvertrag für eine junge Wissenschaftlerin ermöglichen. Der Landesgruppe gehören an: Ulrich Maurer, Heike Hänsel, Karin Binder, Michael Schlecht, Annette Groth und Richard Pitterle. Ausgehend von der nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung um die gesetzliche Friedensbindung des KIT ist die Zivilklausel innerhalb weniger Jahre zum Symbolbegriff für die Verantwortung der Wissenschaft geworden. Wie beim KIT richten sich Initiativen bereits an drei Dutzend Hochschulen gegen die wachsende Nutzung von Forschung und Lehre an den Unis für Rüstungs- und Kriegszwecke. Dr. Dietrich Schulze und Nadja Brachmann von der Naturwissenschaftler-Ini nahmen in Karlsruhe den Scheck entgegen und bedankten sich bei Karin Binder für die Unterstützung der Fraktion und der Landesgruppe. Die Zivilklausel-Bewegung wird damit nachhaltig gefördert. Weitere Infos unter: www.zivilklausel.de und www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

das ganze KIT ausgeweitet werden müssen oder für das FZK gestrichen werden müssen. Die CDU-geführte Landesregierung vertrat offensiv letztere Variante, wohingegen sich Gewerkschaften, die Studierendenschaft und Friedensgruppen für erstere Variante aussprachen. Auf Druck der Bundesregierung wurde 2009 zunächst eine Teil-Zivilklausel in das KIT-Errichtungsgesetz geschrieben. Noch kurz vor der Landtagswahl hatten die damaligen Oppositionsparteien SPD und Grüne im Landtag einen Gesetzentwurf zur Einführung einer gesetzlichen Zivilklausel („Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben ausschließlich friedliche Zwecke“) eingebracht. Dieser scheiterte jedoch an den damaligen Mehrheiten. Die Grünen forderten in ihrem Wahlprogramm: „Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir

die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“

Die SPD hatte mit folgender Formulierung Wahlkampf gemacht: „Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.“ Ein Appell für die Einführung einer Zivilklausel trug u.a. die Unterschrift von Nils Schmid, Theresia Bauer und Winfried Kretschmann.

Nach dem Regierungswechsel änderten sich jedoch die Positionen von SPD und Grünen, allen voran die von Ministerpräsident Kretschmann und Wissenschaftsministerin Bauer. Diese argumentieren nun wie vordem die CDU: Die Zivilklausel würde die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre beeinträchtigen. Ein von den Gewerkschaften Verdi und GEW in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigte die Konformität von Grundgesetz und Zivilklausel, so wie es auch gegen die bereits existierenden Zivilklauseln an

der Universität Tübingen und der Universität Bremen nichts auszusetzen gibt. Die Landesregierung hat bis heute zu diesen Widersprüchlichkeiten nicht Stellung genommen. Allerdings wird von Abgeordneten der Regierungsfractionen sowie von der Landesregierung kolportiert, das von den Gewerkschaften in Auftrag gegebene Gutachten sei fehlerhaft, was an keiner Stelle der Wahrheit entspricht.

Ein Zeichen gegen Militarismus an Schulen setzen

DIE LINKE. Baden-Württemberg fordert die sofortige Rücknahme der unter der schwarz-gelben Landesregierung zustande gekommenen „Vereinbarung über Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen“ und der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium. Insbesondere unterstützt der Landesverband die Aktion „Schulfrei für die Bundeswehr“ und ruft die Kreisverbände auf, sich an der bundesweiten Aktionswoche vom 24. bis zum 29. September 2012 zu beteiligen. Mit Blick auf die derzeitige Hochschulpolitik fordern wir die Verankerung einer lückenlosen Zivilklausel in der Landesverfassung.

Überlingen: Keine Kriege und keine Rüstungsindustrie

Am 16. Juni fand in Überlingen im Rahmen des ökumenischen Kirchentages ein runder Tisch zum Thema Rüstungsindustrie am Bodensee statt. Neben den politischen Vertretern von CDU, SPD und Grüne war Die Linke trotz schriftlichen Protests an die Veranstalter als Podiumsteilnehmer nicht eingeladen oder zugelassen. Unter den ca. 200 Zuhörern waren selbstverständlich Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei anwesend.

Folgende Anmerkungen machte dazu öffentlich Wolfgang Nippe, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) aus Bad Waldsee und Vorstandsmitglied im Kreisverband Ravensburg der LINKEN:

Gemeinsam für eine Rüstungsfreie Zone Bodensee-Oberschwaben

„Die Bundesregierung liefert Rüstungsgüter an Diktatoren und in Spannungsgebiete, ungeachtet der Menschenrechtssituation und der politischen Situation in den Empfängerländern. Das ist ohne jede Moral und beschämend.“

„Nur Verbote helfen, die Rüstungsexporte zu stoppen.“ „Notwendig ist ein Gesetz, das Waffenexporte generell – ohne Ausnahme – verbietet.“ „Ich bin der Meinung, dass Deutschland über-



DIE LINKE Baden-Württemberg beteiligte sich an den Ostermärschen 2012 – hier in Stuttgart. Bild Jürgen Patzelt

haupt keine Waffen mehr exportieren sollte.“ „Meine Partei setzt sich für ein Ende sämtlicher Rüstungsexporte und für eine Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Produktion ein.“ Diese Sätze kamen nicht von den CDU-, SPD- und Grünen-Politikern auf dem Überlinger Podium. Es sind Zitate von Bundestagsabgeordneten der LINKEN. Die

sondern aus dem Publikum, von anwesenden Kirchentagsbesuchern und Mitgliedern der Friedensgruppen.

Die Vielzahl der Rüstungsfirmen in unserer Region, ihre todbringenden Waffengeschäfte (und deren Opfer) werden zumeist totgeschwiegen, Medienberichte sind rar. Doch wenn sich einmal, wie auf dem Kirchentag, die Möglich-

keit einer freien, öffentlichen Diskussion bietet, sollte „die gemeinsame Verantwortung aller“ (Zitat aus der dort verabschiedeten Ökumenischen Erklärung) auch dadurch zum Ausdruck kommen, ein großes Spektrum gesellschaftlicher Gruppen einzubeziehen. Wem nutzt die Ausgrenzung der linken Friedens- und Antikriegspartei?

Nach einer Umfrage vom Herbst 2011 sind 78% der Deutschen gegen den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Deshalb sollten sich die Anhänger der Friedensbewegung und Rüstungsgegner nicht entmutigen und auseinander dividieren lassen, sondern sich gemeinsam engagieren im Sinne der Aktion Aufschrei: Für einen Stopp des Waffenhandels, gegen das todbringende Geschäft der Rüstung und des Waffenexportes, für eine Umstellung der Rüstungsindustrie auf friedliche Produktion, mit dem Ziel einer rüstungsfreien Region Bodensee-Oberschwaben. Der Weg mag nicht einfach und lang sein, doch jeder Schritt in diese Richtung führt voran.

Grünen und FDP senkten die Steuern für die Reichen in den letzten Jahren enorm. Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft und Steuern auf Spekulation wurden nur sehr begrenzt erhoben.

Wenn MieterInnen in Aktien wohnen ...

Wohnungskonzerne wie Patrizia und Gagfah schröpfen die MieterInnen – Nur kommunaler und öffentlicher Wohnungsbestand kann soziale Mietpreise garantieren!

Die Mieten in Freiburg sind in den letzten Jahren ins fast Unermessliche gestiegen. In kaum einer anderen Stadt wohnt man so teuer wie in Freiburg. Aber auch andere Mittel- und Großstädte werden immer teurer. Auch das einst so günstige Berlin ist längst Geschichte.

Immobilienpekulation zu Lasten des Rechts auf eine Wohnung

Diese Entwicklung ist eng mit der Struktur der Finanzmärkte verknüpft. Während lange große Geldsummen auf den Finanzmärkten eingesetzt wurden, investieren immer mehr Reiche, Banken und Unternehmen in die großen Wohnungskonzerne und den Aufkauf öffentlicher Wohnungsbestände. Spekulationen auf den Finanzmärkten sind zwar hochlukrativ, aber auch risikobehaftet. Investitionen in Immobilien und Wohnungen sind da stabiler und garantieren einen stetigen und langfristigen Gewinn.

Mieter kann man ausnehmen – und im Zweifel schmeißt man sie raus

Die Basis dieser Gewinne sind ständig steigende Mieten und die tagtägliche Notwendigkeit der Menschen, eine Wohnung mieten zu müssen – im Zweifel zu jedem Preis. MieterInnen können nicht einfach umziehen, insbesondere dann nicht, wenn es keine günstigeren Wohnungen gibt. Ihnen bleibt dann oft nur, ihren bisherigen Wohnort zu verlassen.

Die Politik tut nichts dagegen

Vor einigen Jahrzehnten investierten Staat und Städte noch viel in öffentliche Wohnbauprogramme. Solche Investitionen finden sich heute kaum mehr. Im Gegenteil, große Wohnungsbestände werden verkauft. Als Argument nennen sie die klammen Kassen. Aber auch dieses Problem ist hausgemacht. Auf eine gute Finanzierung der Städte durch Steuern wurde verzichtet. CDU, SPD,

SÖS-LINKE in Stuttgart: SWSG soll sozialen Auftrag erfüllen

43% ihres Einkommens müssen Stuttgarter heute für Miete ausgeben. Besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen ein drückendes Problem. Energetische Sanierungen verschärfen das noch: die an die Mieter weitergegebenen Kosten übersteigen meist die gesenkten Energiekosten deutlich. Wer nur günstige Mieten zahlen kann, kriegt Probleme, auch bei der städtischen Wohnbaugesellschaft SWSG – Mieterverdrängung nennt das der Mieterverein zurecht. Aufgabe der SWSG ist nicht, hohe Renditen zu erzielen, sondern Wohnen zu bezahlbarer Miete zu ermöglichen. Deshalb muss ihre bisherige Strategie, Mieten auf Mietspiegelniveau anzuheben, auf den Prüfstand. Mieterhöhung wegen energetischer Sanierung darf maximal zehn Prozent nicht übersteigen! Die SWSG soll kein „Sparkässl“ für den Finanzbürgermeister sein, sondern ihren sozialen Auftrag erfüllen!

Jetzt gegensteuern: Löhne und Einkommen erhöhen – Städte und Gemeinden finanziell besser ausstatten

Als LINKE wollen wir das verändern. Wichtig wäre es jetzt, durch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes mehr Geld einzunehmen und die Städte zu unterstützen und in die Lage zu versetzen, ihre Wohnungen zu halten. Gleichzeitig muss man die Löhne und Einkommen der Menschen absichern, damit sie sich „wohnen“ wieder ohne Not leisten können.

Keine Wohnungen verkaufen! Wohn-genossenschaften unterstützen!

DIE LINKE fordert, keine öffentlichen Wohnungen mehr an private Großbieter zu verkaufen und kommunale Wohnungsbestände auszubauen und zu sichern. Das sind Investitionen in die Zukunft und in soziale Gerechtigkeit. Der Verkauf an Genossenschaften kann hier und da sinnvoll sein. Genossenschaften reinvestieren ihre Einnahmen und zahlen ihren Mitgliedern nur Zinsen in Höhe normaler Spareinlagen. Sie bleiben dadurch auf ihr eigentliches Ziel, das Anbieten von guten Wohnungen, orientiert. Wo Mieten erhöht oder Wohnungen verkauft werden sollen, rufen wir auf zur Gründung von Mieterinitiativen.

Gregor Mohlberg

DIE LINKE Stuttgart unterstützt Hannes Rockenbauch als Oberbürgermeisterkandidat

Am 15. Juni tagte der Kreisparteitag der LINKEN Stuttgart im Alten Feuerwehrhaus des Stadtbezirks Süd. Im gut besuchten großen Saal diskutierten Mitglieder, Sympathisanten und parteilose Bezirksbeiräte über die politische Richtung der Bundespartei, die anstehende Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart und die politische Schwerpunktsetzung im Kreisverband.

Wichtigster Gast des Abends war Stadtrat Hannes Rockenbauch, der sich auf Einladung des Kreisvorstands um die Unterstützung der LINKEN-Basis beim Wahlkampf um die Oberbürgermeisterwahl bewarb. In seiner 45-minütigen Rede mit anschließender Diskussion und Aussprache stellte Rockenbauch seine kommunalpolitischen Positionen für einen sozial-ökologischen Politikwechsel

umfassend dar. In der anschließenden Abstimmung wurde dem politischen Kopf des Stuttgart 21-Widerstands in einem einstimmigen Ergebnis die Unterstützung zugesichert. Viele Ortsverbände hatten bereits im Vorfeld signalisiert, im Wahlkampf für den langjährigen Fraktionsvorsitzenden von SÖS/LINKE im Gemeinderat Position ergreifen zu wollen. In der Wählerinitiative von Rockenbauch, die sich am 26. Juni konstituiert, wird DIE LINKE vertreten sein.

Der Landesvorstand der LINKEN sprach sich auf seiner Beratung am 22. Juni ebenfalls für die OB-Kandidatur von Hannes Rockenbauch aus und rief die Mitglieder, die Kommunal- und Bundestagsabgeordneten der LINKEN in der Region auf, den OB-Wahlkampf in Stuttgart zu unterstützen.

Wie kann Stuttgart 21 gestoppt werden?

Das war das Thema einer Veranstaltung, zu der die S21-AG der Stuttgarter LINKEN am 18. Juni ins Gewerkschaftshaus eingeladen hatte. Die Kosten werden immer höher, die Bauzeit wird immer länger, die Auswirkungen auf alle Lebensbereiche werden immer deutlicher. Wir müssen über die Fallgrube S21 hinausschauen und uns gemeinsam der Tatsache bewusst werden, dass dieses Immobilienprojekt das demokratische Zusammenleben gefährdet und nicht als Stuttgarter Einzelfall zu sehen ist.

Die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Sabine Leidig, Michael Schlecht und Heike Hänsel, Sybille Stamm vom Landesvorstand, Christoph Ozasek als Vertreter der Regionalversammlung sowie Stadtrat Tom Adler haben im Gewerkschaftshaus mit zahlreichen TeilnehmerInnen diskutiert. Wir hatten 40 bis 50 erwartet – es kamen um die 120. Das ist nicht nur ein Zeichen für die ungebrochene Stärke der Widerstandsbewegung, sondern auch für das Interesse der Menschen an den Aktivitäten der LINKEN.

Die TeilnehmerInnen haben der LINKEN einen klaren Auftrag erteilt: wir sollen uns im Widerstand noch deutlicher zeigen. Die LINKE wurde dazu aufgerufen, groß angelegte Demonstrationen gegen S21 zu veranstalten und zu gezielten Blockaden aufzurufen – in Anlehnung an die „Blockupy“-Aktionen in Frankfurt. Es geht darum, mit den Menschen in Stuttgart weiter gegen die Angriffe auf ihre Stadt und ihre Lebensräume zu kämpfen, denn S21 ist ja mehr als nur ein sinnloses Bahnprojekt. Unser Stadtrat Tom Adler hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass S21 die Stadt erdrückt: so wurden im Doppelhaushalt 2009 massive Sparmaß-

nahmen im sozialen und kulturellen Bereich beschlossen – und gleichzeitig hat die Kommune eben mal 800 Millionen Euro für S21 an die Bahn rübergeschoben.

Darüber hinaus wurde die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Montagsdemos gestellt. Die „wenigen Aufrech-



ten“ im Stuttgarter Gemeinderat (wie der Journalist Joe Bauer bei der 127. Montagsdemo sinngemäß gesagt hat) reichen nicht aus, um eine handlungsfähige Opposition aufzubauen. Deshalb bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass die Montagsdemos als Bühne gelebter Demokratie und Marktplatz für den Austausch von Informationen und Meinungen weitergehen müssen – nicht zuletzt als Gegenpol zu dem, was den Stuttgartern in jüngster Zeit von den

Politikern scheinheilig als „Bürgerbeteiligung“ und „Mitsprache“ angeboten worden ist. Der außerparlamentarische Widerstand ist deshalb so wichtig, weil die Mehrheitsverhältnisse in allen Gremien vom Gemeinderat bis zum Bundestag derzeit nicht so sind, dass DIE LINKE mit ihren Forderungen durchdringen kann. So machte Sabine Leidig die TeilnehmerInnen darauf aufmerksam, dass z. B. eine Verstaatlichung der Bahn nicht „einfach so“ im Bundestag durchgesetzt werden kann.

Die Berichterstattung der Medien zu S21 wurde durchgehend als nicht objektiv wahrgenommen. Deshalb müssen wir alternative Medien gewinnen, die die Tatsachen nicht verschleiern. Es muss deutlich gesagt werden, dass das Projekt verkehrspolitisch falsch und stadtplanerisch destruktiv ist und dass die „größte Baustelle Europas“ im Herzen Stuttgarts doch noch gestoppt werden kann.

Für all das lohnt es sich weiterzustreiten: mit Demonstrationen, mit Mahnwachen, mit alternativen Medien, mit all dem, wofür DIE LINKE in den letzten Jahren Resonanz und Zustimmung bekommen hat – für eine emanzipierte Stadtkultur, in der die Bürger das Sagen haben und nicht profitgesteuerte Politiker.

Marta Aparicio und Susanne Weiß, Stuttgart

Tübingen: Stadtbahn, Green Deal und Agenda 2010

Im ersten Jahrzehnt Höhenflug der SPD. Dann Neue Mitte, Agenda 2010, Beraterseuche und Absturz. Als Strafe: Die Linke. Im Zweiten Jahrzehnt Höhenflug der Grünen. Dann Kartenhaus „Energiewende“, Bevormundung ohne Ende. Immer höhere Strompreise und eine Gebühreninflation finanzieren die Profiteure der Solar-, Wind-, TeileAuto- und Weltrettungs-Abzockerei. Diesmal beschleunigen leider die Piraten statt wir den Absturz, weil unsere Parteitagsgedlegierten noch auf die verblichene Agenda-SPD fixiert sind. 2009 ist die grüne Stadtbahn gestorben. Die Finanzierung läuft 2019 aus. Bis dahin wird sie nicht fertig. Bund und Land werden sich nicht des Nachzüglers Tübingen erbarmen und Geld ins reiche Baden-Württemberg transferieren. Andere müssen sich schon mit dem Rückbau eigener Stadtbahnen herumschlagen, weil die Bevölkerung schrumpft. Als Erste haben die Landräte von Reutlingen und Tübingen im Frühjahr 2012 gemerkt, dass ihr Patient seit 2009 tot ist. Seither jagen sich die Trauerfeiern in Stadt- und Kreistagen mit PowerPoint gestützten Leichenreden. Rotgrüne Frömmler glauben noch

tapfer an die Auferstehung. Andere stellen nur ihre Tricks, an Subventionen zu kommen, um. Das Schwindel-Etikett Stadtbahn sollte die Elektrifizierung der örtlichen Bahnstrecken finanzieren. Vielleicht kann man jetzt die Gäubahn ins Neckartal umleiten? Nicht schlecht: Von Tübingen direkt nach Zürich und Palermo. Ist ein Projekt tot, kommen die Aasgeier. Die grünen Abstauber, die schon beim Ausbau der Mühlstraße wussten, dass die Stadtbahn nicht kommt, die auch den Schindhautunnel und den Ausbau der B 28 hintertreiben, wollen jetzt eine Stabsstelle Stadtbahn. Verdiente Parteigänger, die bei der Landesregierung oder bei Boris Palmers Tübinger Stabsstellen-Orgie nicht mehr untergekommen sind, finden für vorläufig 300 000 € im Jahr Beschäftigung. Sie können dann bis zum Jüngsten Tag die Illusion der Auferstehung der verbliche-

nen Stadtbahn am Leben halten. Neues Leben könnte der Stadtbahn allenfalls die Abschaffung der Investitionsbremse (Neusprech „Schuldenbremse“) einhauchen. Was einst fortschrittlich daherkam, wird heute zum Folterinstrument und zum Mittel des Durchregierens der neuen Bionaden-Spießer-Elite. Volksentscheide, von oben gesteuert, hebeln Pluralismus und Parlamente aus. Bürgerhaushalte gaukeln die Auswahlmöglichkeit vor, wie man lieber abgezockt werden will. Demokratie wird zur Unterwerfung unter den Mainstream, geübt und gelernt mit Bertelsmann-Schulbüchern. Selbst Verstaatlichung und Re-Kommunalisierung wird zur Methode, die Umverteilung über höhere Gebühren und neue Kopfpauschalen zu beschleunigen.

Anton Brenner, Kreisrat der Linken

Linke Liste Konstanz veröffentlicht Wahlprüfsteine zur OB-Wahl

Die Linke Liste Konstanz (LLK) beteiligt sich nicht mit einem eigenen Kandidaten an den Oberbürgermeister-Wahlen. Trotzdem mischt sie sich in den Wahlkampf ein. Die LLK hat Wahlprüfsteine erstellt und alle Kandidatinnen und Kandidaten aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Schwerpunkte der Prüfsteine sind, gemäß den programmatischen Grundsätzen der Liste, die Sozial- und Wohnungsbaupolitik, aber auch Fragen der Integration und der Kampf gegen Naziumtriebe. Wir wollen von den 13 Frauen und Männern, die es auf den Chefessel im Rathaus drängt, wissen, welche Konzepte sie für eine soziale und solidarische Stadt haben.

Reaktionen gab es von sieben KandidatInnen, sie antworteten auf die Fragen zu den Themen Gattobildung entgegenwirken, sozialen Wohnungsbau fördern, mehr städtische Angebote für Kinder und Jugendliche, zur Beschäftigungs- und Verkehrspolitik, zu Kampf gegen Nazis.

Die Ausführungen der KandidatInnen sind auf der Internetseite www.die-linke-konstanz.de vollständig dokumentiert, hier haben wir abgedruckt die Stellungnahme zur Forderung der Linken Liste Konstanz nach einem Sozialpass:

Sozialpass verbessern: Wir wollen weitere Verbesserungen beim Sozialpass, z.B. für die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs, bei dem es bislang nur Ermäßigungen für Einzelfahrscheine gibt. Außerdem ist nicht einzusehen, dass die Teilübernahme von Vereinsbeiträgen nur für Minderjährige gilt. Wir lehnen auch die Einschränkung der Gültigkeit des Passes auf sechs Monate ab, das betrachten wir als Schikane, die bei den Betroffenen ein Gefühl der

Demütigung hervorrufen muss. Angemessen wären mindestens ein, besser zwei Jahre.

Martin Luthle: (parteilos): Ich stimme überein, dass dieser sich zumindest an der offiziellen Armutsgrenze orientieren sollte. Soweit diese sich bei jedem einzelnen Bürger ohne großen Verwaltungsaufwand anhand konkreter schriftlicher Nachweise feststellen lassen, können die Voraussetzungen für einen Sozialpass entsprechend ausgeweitet werden. Aber nur dann, denn wir sind als Kommune und Sozialhilfeträger auf Einnahmequellen unserer öffentlichen Einrichtungen angewiesen.

Sabine Seeliger (Grüne): Bezüglich der Überprüfung und Verbesserung der mit dem Sozialpass verbundenen Leistungen, insbesondere der Ermäßigung von Monatsfahrkarten und Vereinsmitgliedschaften, stimme ich zu, eine Verlängerung der Gültigkeit auf ein Jahr ebenso. Ich rege darüber hinaus an, den Sozialpass zur Vermeidung von Stigmatisierung zukünftig im Format einer Chipkarte zu gestalten.

Sylvia Grossman: (parteilos) Der Nahverkehr muss billiger werden, denn das ist nicht nur bürgerfreundlicher, sondern hilft auch bei der Lösung unseres Verkehrsproblems. Die Stadtwerke erwirtschaften sehr viel Geld mit dem Fährbetrieb. Man sollte den Transport von Autos auf der Fähre verteuern und dafür Fußgänger kostenlos befördern. Das würde ebenfalls zur Lösung des Verkehrsproblems beitragen.

Sven Zylla (SPD): Eine Verlängerung der Gültigkeit des Passes auf ein Jahr kann ich mir gut vorstellen. Auch eine Ausweitung der Ermäßigungen im ÖPNV halte ich für sinnvoll.

Für eine „Offene Stadt Freiburg ohne Abschiebungen“

2420 Personen hatten bis zum 13. Juni eine Petition des Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung an den Oberbürgermeister Dieter Salomon und an den Gemeinderat der Stadt Freiburg unterschrieben. Anlass dieser Petition ist die Tatsache, dass zahlreichen in Freiburg lebenden Roma-Familien vom Regierungspräsidium Karlsruhe die Abschiebung angedroht wurde. Es handelt sich in erster Linie um Familien, die aus dem Kosovo oder aus Serbien zu uns kamen. In zwei Fällen kam es bereits zu Abschiebungen. Die Angst unter den Roma-Familien, insbesondere unter den Kindern und Jugendlichen, ist sehr groß. Die neue Landesregierung hatte nach Ihrer Wahl zunächst faktisch Abschiebungen von Roma gestoppt, hat aber nach der letzten Innenministerkonferenz diesen Stopp aufgehoben und stattdessen zugesagt, bei nachgewiesenen „Integrationsleistungen“ statt der langjährigen Duldungen nunmehr Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. 690 Roma leben seit den Kriegereignissen in den neunziger Jahren und dem Vertreibungsdruck insbesondere um Kosovo auf die Roma-Familien seit langen Jahren in Freiburg, die Kinder dieser Familien sind teilweise hier geboren und gehen in die Schule. Nach einem am 12. März 2010 dem Gemeinderat mitgeteilten Situationsbericht hatten 230 Personen nach der Bleiberechtsregelung ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Diese Zahl ist inzwischen weiter angestiegen. Immer noch aber sind 330 bis 340 dieser seit vielen Jahren in Freiburg lebenden Roma von Abschiebung bedroht. Dazu kommen weitere ca. 300 Roma, die in den letzten zwei Jahren nach Aufhebung des Visumszwangs für Menschen aus Serbien nach Freiburg gekommen sind. Bei diesen ist die Situation besonders prekär, da sie die geforderten Integrationsleistungen noch schwerer erfüllen können. In den lesenswerten Kommentaren der Unterzeichner der Petition wird deutlich, dass viele in dieser Stadt nicht akzeptieren wollen, dass hier lebende MitbürgerInnen von der Polizei abgeholt und in eine ungewisse und oft nicht menschenwürdige Existenz zwangsweise zurückgebracht werden. Ein betroffener Roma schreibt: „Ich bin Ausländer überall, Freiburg ist der einzige Platz, in dem ich zuhause sein konnte.“ Unsere Fraktion unterstützt das Anliegen der Petition und fordert den Oberbürgermeister, den Gemeinderat und insbesondere SPD und Grüne, die die Landesregierung stellen auf, sich für ein sofortiges Ende der angedrohten Abschiebungen einzusetzen.

Michael Moos, Unabhängige Listen

Mannheim: Asylbewerber-„heim“ kann und muss der Gemeinderat schließen

Ausländerrecht und Asylpolitik werden nicht auf kommunaler Ebene strukturiert – es ist Bundes- und Ländersache. Dennoch haben kommunale Behörden bei der Umsetzung Ermessensspielräume. Dies gilt z.B. auch für das Asylbewerberlager in Mannheim. Diese unwürdige Einrichtung mitten in der Neckarstadt muss aufgelöst werden – die dort untergebrachten Familien und einzelnen Menschen brauchen normale Wohnungen, die Kinder ein Umfeld, in dem sie ihrer Schulpflicht erfolgreich nachkommen können.

Die politischen Voraussetzungen hierfür haben sich seit letztem Jahr verbessern lassen:

Nach jahrelanger zäher, aufreibender Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge und insbesondere für von Abschiebung bedrohte Menschen durch kleine Gruppen wie das Bündnis gegen Abschiebungen ist mittlerweile etwas Bewegung in die Thematik gekommen.

begrüßten das Fest. Zeitgleich wurde im Gemeinderats-Sozialausschuss ein Antrag behandelt, der die Verwaltung auffordert, zu prüfen, ob eine Einzelunterbringung der Flüchtlinge nicht billiger sei als das Lager. Es zeichnete sich ein Hin- und Hergeschiebe zwischen dem CDU-Sozialdezernenten und dem für Immobilien zuständigen CDU-Kämmerer ab. Immerhin musste Sozialdezernent Grötsch eine Verwaltungsvorlage zur Thematik ankündigen. Dabei ist es bisher geblieben. Der Druck war aber beachtlich.

Der äußerst kurzfristig angekündigte „Europäische Marsch der Sans Papiers und Migranten“ stellt jetzt einen weiteren Impuls dar. Bei einer Versammlung der MarschiererInnen im Jugendkulturzentrum Forum waren neben dem linken Stadtrat auch zwei Vertreter der SPD-Fraktion (Vorsitzender Ralf Eisenhauer und Ulrich Schäfer) anwesend. Auch Eisenhauer versicherte seine Unterstüt-

Karlsruhe: Ausländerbehörde muss Aushängeschild für Willkommenskultur sein

Trotz zusätzlicher Stellen und erheblicher Umstrukturierungen gibt es weiter Beschwerden über lange Bearbeitungs- und Wartezeiten bei der Karlsruher Ausländerbehörde. Sabine Zürn und Niko Fostiropoulos, Gemeinderäte der LINKEN in Karlsruhe, fordern dagegen, die Ausländerbehörde solle ein Aushängeschild für Willkommenskultur sein und mahnen eine bessere Ausstattung der Behörde an.

Zürn und Fostiropoulos kritisieren zudem, dass eine Willkommenskultur keinen Nützlichkeitswägungen unterliegen darf, wie es sich in der „Internationalisierungsstrategie“ der Stadt Karlsruhe ankündigt. „Dort ist zwar von der Schaffung einer städtischen Willkommenskultur für aus dem Ausland kommende Menschen die Rede, aber mit dem einseitigen Schwerpunkt auf internationale Fachkräfte. Menschenwürde ist unteilbar. Sie an Geldbeutel oder Qualifikation zu binden, ist eine weitere Form der Diskriminierung“, so Zürn und Fostiropoulos.

In einer Anfrage an die Stadtverwaltung erkundigten sie sich nach dem Stand der Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Karlsruher Ausländerbehörde, vor allem nach den Fallzahlen pro Mitarbeiter/innen, der Dauer einer Einbürgerung und dem durchschnittlichen Krankenstand in den letzten Jahren.

Die Antwort der Stadtverwaltung hat den Handlungsbedarf bestätigt. Darin heißt es: „Für weitere Aufgaben (etwa im Rahmen der Einbürgerungskampagne) oder die Abarbeitung der zum Teil erheblichen Rückstände sind keine Ressourcen verfügbar. Auf Grund der ungewöhnlichen Belastungssituation an diesen Arbeitsplätzen rechnen wir allerdings auch in Zukunft mit erheblichen Ausfallzeiten.“

Veranstaltung in Heilbronn: Zwischen Versammlungsfreiheit und staatlicher Repression

Bei der Veranstaltung zum Versammlungsrecht mit MdB Richard Pitterle im Sozialen Zentrum Käthe wurde am Besucherstrom deutlich, welche Brisanz dieses Thema hat. Gerade auch in Heilbronn, wo bis zum heutigen Tage der massive Polizeieinsatz zum 1. Mai 2011 die Gerichte beschäftigt. Pitterle war als Referent die ideale Besetzung, da er nicht nur als Rechtsanwalt viele Erfahrungen mit der Verteidigung von Demonstranten sammelte, sondern als



Kundgebung der Sans Papiers vor dem Sammelager in Mannheim

Positiv war beispielsweise die Tatsache, dass sich der Gemeinderat im letzten Oktober der „Save me“-Kampagne des UNHCR angeschlossen hat, nachdem vor allem aus dem kulturellen Bereich intensive Meinungsbildungs-Bemühungen vorausgegangen waren.

Ein weiterer positiver Impuls wurde im März von einem für das Thema bewerkenswert breiten Aktionsbündnis gesetzt, an dem sich u.a. auch der Stadtjugendring beteiligte: dem Fest vor der Asylbewerberunterkunft, an dem vor allem Kinder aus dem Lager teilnahmen. StadträtInnen von SPD, Grünen und der Linken machten sich ein Bild und

zung für die Anliegen des Marsches und räumte ein, dass die von der SPD mitgestaltete MigrantInnenpolitik die kritisierten Zustände mit herbeigeführt habe.

Es wird nun Zeit nachzuhaken, welche alternativen Unterbringungsmöglichkeiten die Verwaltungsspitze geprüft hat und nun vorschlägt. Hierbei muss man das Problem des langen Mietvertrages, den die Stadt für das „Wohnheim“ abgeschlossen hat, abtrennen von der Frage der Zurverfügungstellung alternativen Wohnraums. Menschenrecht und Menschenwürde können nicht einem Mietvertrag untergeordnet werden.

Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke

politischer Mensch von zahlreichen eigenen Erlebnissen berichten konnte.

Zuerst wurden rechtliche Grundlagen vorgestellt. Das Versammlungsrecht ist im Grundgesetz festgeschrieben, konkretisiert und eingeschränkt wird dieses generelle Recht durch das Versammlungsgesetz. Das Versammlungsrecht ist polizeifest, d.h. die Polizei kann nur nach dem Versammlungsrecht gegen Demonstranten vorgehen und nicht nach dem Polizeirecht. Das heißt, TeilnehmerInnen von Versammlungen und Demonstrationen stehen unter einem besonderen Schutz.

Pitterle machte an konkreten Beispielen deutlich, welche Rechte Demonstranten haben. So unterliegen auch unangemeldete Demos dem Versammlungsrecht und können nicht einfach so aufgelöst werden. Für die Auflösung einer Kundgebung oder Demonstration muss eine Gefährdung der Öffentlich-

keit vorliegen. Dann kam Pitterle zu den Geschehnissen rund um den 1. Mai 2011 in Heilbronn, wo über 700 Neonazis einen Aufmarsch veranstalteten und die Stadtverwaltung dafür einen ganzen Stadtteil absperren ließ.

Er war als parlamentarischer Beobachter an diesem Tag in Heilbronn und erlebte wie Hunderte von Demonstranten in einem Polizeikessel stundenlang festgehalten wurden.

Pitterle hält die Allgemeinverfügung der Stadt, die einen ganzen Stadtteil zur demokratiefreien Zone machte, für rechtswidrig. Dazu kam, dass viele eingekesselte Demonstranten von dieser Allgemeinverfügung nichts erfahren haben. Eine nun eingeleitete Klage von Betroffenen gegen den Heilbronner Polizeikessel hat also große Chancen auf Erfolg. Allerdings, räumte Pitterle ein, ohne tatsächliche Konsequenzen für die Verantwortlichen.

Gastbeitrag aus der VVN-BdA: Die Terroristen der NSU und Baden-Württemberg

Auf den ersten Blick scheint es, dass die Terroristen der NSU bei ihren Planungen Baden-Württemberg ausgelassen haben. Lediglich der Mord an



der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn hat einen Bezug zum Land. Er passt aber in keinster Weise in die Liste der anderen Morde.

Bei den Ermittlungen der Polizei haben sich aber auch Bezüge des Trios nach Baden-Württemberg ergeben. In einer Telefonliste des Trios, die rekonstruiert wurde und Ende der neunziger Jahre angelegt worden war, sind allein vier Telefonnummern aus Ludwigsburg eingetragen. Außerdem wurden bei den Unterlagen Fotos von einem Imbiss im Stuttgarter Norden gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Neonazis aus Stuttgart diesen Laden ausspioniert haben und er auf der Liste für einen weiteren Mord stand.

Auch wenn die kaltblütig geplanten Morde an türkischen und einem griechischen Einzelhändler eine neue Qualität im rechten Terror darstellen, waren auch vor dem Bekanntwerden der Mordserie die Neonazis im Land keine Friedensengel. So wurden in Baden-Württemberg in den letzten Jahren bei Hausdurchsuchungen vermehrt Waffen gefunden. Sie übten in den letzten Jahren immer wieder blutige Anschläge aus und hetzten Menschen, die ihnen nicht passen, durch die Straßen.

Neonazis aus Süddeutschland sind immer wieder zu Kameraden in die Schweiz gereist, um dort an scharfen

Waffen schießen zu üben. Bei Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der „Standarte Württemberg“ Ende Juli 2011 hat die Polizei im Raum Backnang eine Pistole, über einhundert Schuss scharfer Munition und mehrere Messer beschlagnahmt. Das Ziel der „Standarte Württemberg“ war es, ausländische Menschen aus Deutschland zu vertreiben.

Das Verfahren gegen den ehemaligen Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten in Lörrach wegen der Planung eines Sprengstoffanschlags wurde erst vor kurzem eingestellt. Es war zwar erwiesen, dass er sich große Mengen an Chemikalien besorgte, die für einen Anschlag benötigt werden, aber es konnte ihm vom Gericht keine konkrete Planung nachgewiesen werden. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft nur noch wegen unerlaubten Waffenbesitzes.

Eine Gruppe Nazis hat nach einem Fest auf einem Gartengrundstück in Winterbach eine Gruppe von Jugendlichen mit migrantischen Wurzeln gejagt. Als sich schließlich einige in eine Holzhütte geflüchtet hatten, haben die Neonazis die Hütte angezündet. In Todesangst flüchteten sie dann aus der brennenden Hütte. Bei einem ersten Verfahren gegen zwei der Angreifer kam heraus, dass sich die Polizei bei ihren Ermittlungen nicht einmal die Mühe gemacht hat, herauszufinden wie die Hütte angezündet wurde. Bei allem Entsetzen der Öffentlichkeit über die Morde der Terroristen der NSU, darf der alltägliche Terror der Neonazis nicht aus dem Auge verloren werden.

Janka Kluge (Landessprecherin der VVN-BdA)

Wiesloch: NPD demonstriert sich in die Bedeutungslosigkeit

Die Stadt Wiesloch hat sich am Samstag 16. Juni mit rund 120 Unterstützerguppen gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch gewehrt. Rund 3 000 Gegendemonstranten blockierten 28 Nazis aus dem Kameradschaftsspektrum. Innerhalb weniger Jahre führte eine Strategie von beständiger Präventionsarbeit und politisch unterstützten Sitzblockaden die regionale Naziszene in die politische Bedeutungslosigkeit.

Als der Gemeinderat der nordbadi-schen Stadt Wiesloch Mitte Mai von der Anmeldung einer NPD-Demonstration informiert wurde, organisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Wieslocher Gemeinderat, Lars Castellucci, zusammen mit seinen Kollegen Adrian Seidler (CDU) und Günter Schroth (Grüne) ein breites regionales Bündnis mit dem Motto: „Keine Nazis in Wiesloch – Eine Stadt wehrt sich gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 9. Juni“. Auch die LINKE rief ihre Mitglieder zur Teilnahme auf.

Zu dem Aufmarschversuch in Wiesloch riefen die NPD Rhein-Neckar und die „Freien Nationalisten Kraichgau“ gemeinsam auf. Der NPD-Kreisvorsitzende Jan Jaeschke redete zum Thema Euro. So ist auf der Homepage zu lesen: „Mit Plakaten, Fahnen und Bannern versuchten die NPD-Rhein-Neckar und die Freien Nationalisten Kraichgau dem Volk klar zu machen, das die Rückkehr zu den nationalen Währungen Europas der Königsweg für die Völker ist (Prof. Dr. Hankel).“ (Rechtschreibfehler wie im Original übernommen)

Die Reden wurden ununterbrochen von Vuvuzelas übertönt und von „Ihr seid so lächerlich“-Gesängen begleitet. Die von allen Stadtratsparteien und ca. 120 Vereinen, Gewerkschaften und Unternehmen unterzeichnete „Wieslocher Erklärung“ wendet sich gegen reaktionären Nationalismus und rassistischen Fremdenhass. Die Nazis nützten die „Eurokrise“, um ihre nationalistischen und rassistischen Vorstellungen als Lösung gegen diese Krise zu verkaufen.

Gegendemonstrationen

Die Kundgebung des Aktionsbündnis „Wiesloch gegen Rechts“ startete um 11 Uhr am Eingang der Hauptstraße. Nach einer Rede von Wieslochs Oberbürgermeister Franz Schaidhammer bewegte sich der Demonstrationzug zur Abspernung an der Leimbachbrücke. Der Platz der angemeldeten NPD-Kundgebung war dort bereits zuvor von ca. 70 Gegendemonstranten besetzt worden.

Obwohl von Anhängern der NPD mehrfach der Hitlergruß gezeigt wur-



de, blieb die Stimmung auf Seiten der Gegendemonstranten friedlich. Erst als die Polizei die Nazis gegen 15 Uhr in eine von Gegendemonstranten blockierten engen Gasse führte, ohne dass dort vorher bekannt war, dass die blockierten Nazis zur Abreise zum Bahnhof gebracht werden sollten, kam es zu Rangeleien. Auch einige der von Reizgas leicht verletzten Gegendemonstranten bescheinigen den eingesetzten Polizeikräften aber bis auf diesen kurzen Zwischenfall ein sehr zurückhaltendes und deeskalierendes Verhalten. Das Wieslocher Bündnis sprach von einem friedlichen Fest und einem vollen Erfolg.

(aus Kommunal-Info Mannheim)

Konzessionsvergabe: Öffentliche Sitzungen des Heilbronner Gemeinderats erreicht

Bisher fanden die Beratungen des Gemeinderates zur Konzessionsvergabe für Strom, Gas und Fernwärme in nichtöffentlichen Sitzungen statt. Damit waren die Presse und die Öffentlichkeit ausgeschlossen und über die Sitzungen durfte nicht informiert werden. Für die Gemeinderatssitzung am 22.6.2012 war wieder eine nichtöffentliche Sitzung zu den Auswahlkriterien für die Netzvergabe geplant. Am Mittwoch, den 20.6.12 erfuhr der Gemeinderat Hasso Ehinger (DIE LINKE), dass in Stuttgart die Auswahlkriterien von der Stadt sogar in einer Aussprache mit den Bürgerinitiativen diskutiert werden sollen und dass die Bevölkerung zu einer Informationsveranstaltung ins Rathaus eingeladen wird, bei der u.a. die Berater der Stadt die Auswahlkriterien und das weitere Vorgehen der Stadt bei der Konzessionsvergabe erläutern. Dies war für H. Ehinger Anlass den Heilbronner OB H. Himmelsbach am 21.6.12 über das Vorgehen in Stuttgart zu informieren und zu fordern, dass die Sitzung in Heilbronn öffentlich erfolgt. Am Freitag, den 22.6. erfuhren die Gemeinderäte, dass der Tagesordnungspunkt Auswahlkriterien abgesetzt wird. Die Auswahlkriterien

für die Konzessionsvergabe werden jetzt bei der nächsten Sitzung, am 12.7.12 im öffentlichen Sitzungsteil behandelt.

Dieser Erfolg sollte uns alle ermuntern noch entschiedener zu fordern, dass endlich die Gemeindeordnung, die enge Grenzen für nichtöffentliche Gemeinderatssitzungen setzt, sowohl bei den Ausschusssitzungen als auch bei den Plenumsitzungen beachtet wird.

Liebe Genossinnen und Genossen...

was hört man/frau im Moment nicht alles über unsere Partei... Wen interessiert das an der Basis & warum? Wem nützen die Personalstreitigkeiten? Gibt es noch kommunalpolitische Themen? Internationalismus? War da nicht was mit militanten Nazis? Hartz IV gibts auch noch! ... und... und... und..

Wie es auch sein kann: Besuch in Strasbourg

Am 21 Mai waren wir Kehler LINKE auf Einladung der „Front de Gauche“ in Strasbourg auf dem Platz Broglie um an einer bemerkenswerten Veranstaltung teil zunehmen. Mehr als 700 TeilnehmerInnen ließen sich von der super Atmosphäre auf dem Platz bei klasse Musik, gut gestalteten Info-Ständen linker Organisationen, bei Sonnenschein und revolutionärem Flair, zu rhythmischen Sprechgesängen hinreisen, in denen das

Ende der Sarkozy-Regierung bejubelt wurde.

Dann der Auftritt von Jean-Luc Mélenchon, die Menge tobte: „Wir haben mit 11,1 % ein sehr gutes Wahlergebnis bei den Vorwahlen eingefahren.“ Sarkozy ist Geschichte.“ „Wir sind solidarisch mit den Menschen in Griechenland und Spanien.“ „Helfen wir mit, dass den Deutschen Frau Merkel bei den nächsten Wahlen abhandenkommt.“ – Gelächter.

Dann die Ansage: „Begrüßen wir gemeinsam die Delegation der Partei DIE LINKE aus Deutschland!“ Da wir mit unserer Fahne gut erkennbar waren, ging jetzt das große „Händeschütteln“ los, Adressen wurden ausgetauscht.

Kamal Berger, Co-Secrétaire der „Front de Gauche“ aus Lothringen, meinte im Gespräch mit uns: „Ihr kommt zu uns – wir kommen zu euch, gemeinsam und grenzüberschreitend müssen wir das Unrecht bekämpfen!“

Stéphan Wagner, Vorsitzender der PCF – Nord Elsass erklärte sich spontan bereit, auf unsere nächste Mitgliederversammlung in Kehl zu kommen und zu den Wahlergebnissen in Frankreich und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung, Stellung zu beziehen.

Wir waren überwältigt von der positiven Aufbruchstimmung, die von den Genossinnen und Genossen ausging. Mit „Feuer im Herzen“ überquerten wir die Europabrücke zurück nach Kehl/ Deutschland. *Paul Bauer, OV Kehl*



Gegen Atomkraft – auf der Europabrücke

Radioaktivität kennt keine Grenzen! Tschernobyl, Fukushima – Nie wieder! AKW Fessenheim abschalten! Atomkraft – Nein Danke! Unter diesen Slogans trafen sich am Samstag, den 21. April 2012 um 12 Uhr französische und deutsche AtomkraftgegnerInnen zu einer Protestaktion auf der Europabrücke zwischen Strasbourg und Kehl. Mehr als 200 TeilnehmerInnen machten mit einer kurzzeitigen Besetzung der Brücke auf den Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe, lautstark und phantasievoll aufmerksam. Dieser Ort wurde bewusst gewählt, denn 1986 hatte die französische Regierung verlautbaren lassen, dass die radioaktive Wolke den Rhein und damit die Grenze nicht passieren würde. DIE LINKE. OV Kehl solidarisierte sich mit den AtomkraftgegnerInnen und ihren berechtigten Forderungen indem sie auf der Europabrücke ebenfalls „Flagge“ zeigten. (Text & Foto : Paul Bauer, Pressesprecher Die LINKE. OV Kehl)

Türkische Regierung: Unterdrückung nach innen und Aggression nach außen

DIE LINKE lud am Mittwoch, den 5.6. ein zu einer gut besuchten Veranstaltung nach Uhldingen-Mühlhofen. Der Referent des Abend, der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko, sprach über



Angeregte Diskussion mit Andrej Hunko

die aktuelle bedenkliche politische Entwicklung in der Türkei. Das türkische Parlament hatte in der vergangenen Woche ein Gesetz beschlossen, das ein absolutes Streikverbot in der gesamten Luftfahrt-Branche bedeutet. Andrej Hunko, der auch Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist, erklärte hierzu, dass sich die Türkei mit der Außerkraftsetzung des Streikrechtes ein weiteres Stück von Europa weg bewegt hat.

Da auch die Unterdrückung der türkischen Kurden weiter zunimmt, müssen, so der LINKE MdB, alle fortschrittlichen Kräfte Europas den Druck auf das Erdogan-Regime verstärken. Es sei völlig richtig, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit einer sich immer diktatorischer gebärdenden türkischen Regierung auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt wurden.

Paraguay: Solidarität mit Präsident Fernando Lugo

„Die aktuelle politische Situation in Paraguay ist alarmierend und daher fordert DIE LINKE die internationale Gemeinschaft auf, den Fokus auf die Entwicklung in Paraguay zu richten und ein klares Signal zur Unterstützung des demokratisch gewählten Präsidenten Fernando Lugo auszusenden“, erklärt Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum Putsch gegen den Präsidenten Paraguays. Hänsel weiter:



Fernando Lugo

„Das Recht der paraguayischen Bevölkerung, für ihre Rechte und zur Verteidigung des demokratischen Prozesses in Paraguay zu demonstrieren, muss garantiert bleiben. Alle Versuche der Destabilisierung oder des Sturzes der demokratisch gewählten Regierung oder die Aussetzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte sowie jegliche Einschüchterungsversuche von Seiten des Militärs müssen zurückgewiesen werden.“

Der von Präsident Lugo begonnene Demokratisierungsprozess ist nach Jahrzehnten der Diktatur ein Zeichen der Hoffnung für die Verwirklichung der sozialen und ökologischen Rechte in Paraguay und braucht unsere Solidarität. Wir fordern die EU und die deutsche Bundesregierung auf, jeglichen Versuchen von gewalttätigen Übergriffen seitens Polizei und Armee entschieden entgegenzutreten.“

MdB Heike Hänsel: 8,8 Millionen Hungertote sind ein Skandal

„Es ist ein Skandal, dass trotz der um ein Drittel erhöhten Nahrungsmittelproduktion weltweit weiterhin 925 Millionen Menschen hungern und jedes Jahr etwa 8,8 Millionen Menschen, hauptsächlich Kinder, an Hunger sterben. Dies zeigt, wie extrem die Spekulation mit Nahrungsmitteln und die energetische Verwendung von Agrarrohstoffen das Recht auf Nahrung bedrohen“, so Heike Hänsel zur Veröffentlichung des Jahresberichts 2011 der Welthungerhilfe.



Heike Hänsel

„Der Bericht bestätigt erneut, dass in der weltweiten Armutsbekämpfung nur die Symptome gelindert werden und nicht die Ursachen von Armut und ungleicher Entwicklung, wie ungerechte Handelsbeziehungen und das umweltzerstörende kapitalistische Wachstumsmodell. Wenn wir weitermachen wie bisher, werden die Flüchtlingszahlen in Afrika sowie Hunger und Armut in anderen Weltregionen weiter zunehmen.“

Die Spenden für die Welthungerhilfe in Höhe von über 100 Millionen Euro im Jahr 2011 sind ein Beweis für das Engagement der Bevölkerung, entbinden die Bundesregierung aber nicht von der

Verantwortung, die aggressive Freihandelspolitik gegenüber den Ländern des Südens zu verändern und dafür zu sorgen, dass die Spekulation mit Nahrungsmitteln beendet und die Finanzmärkte reguliert werden.

Dazu ist die Forderung nach Transparenz an den Rohstoffbörsen, nach Erhöhung des erforderlichen Eigenkapitals für jedes einzelne Termingeschäft und nach Verschärfung der Mengen- und Preisgrenzen für den Handel mit Agrarrohstoff-Derivaten wichtig, aber bei weitem nicht ausreichend.

Das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität müssen an erster Stelle stehen. Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Stärkung regionaler Märkte, die Entwicklung ländlicher Regionen und eine umfassende Landreform ein. Wir fordern ein EU-Importbeschränkung von Agrarrohstoffen und wollen die Spekulation mit Nahrungsmitteln verboten sowie die tödlichen Agrarexportsubventionen streichen.“

Landesbank Baden-Württemberg spekuliert auf den Hungertod

Zur Veröffentlichung der Oxfam-Studie „Mit Essen spielt man nicht!“ zur Spekulation auf Agrarrohstoffe durch deutsche Finanzinstitute erklärt Christoph Ozasek, Regionalrat und Sprecher der LINKEN in Stuttgart:

„Bei der Spekulation auf Lebensmittel gewinnt die Landesbank Baden-Württemberg mit einem Volumen von 196 Millionen Euro in 2011 im Deutschlandvergleich die unrühmliche Bronzemedaille. Damit ist das öffentlich-rechtliche Finanzinstitut an vorderster Front mit dabei, wenn es um die Spekulation gegen Kleinbauern und die bäuerliche Subsistenzwirtschaft geht.“

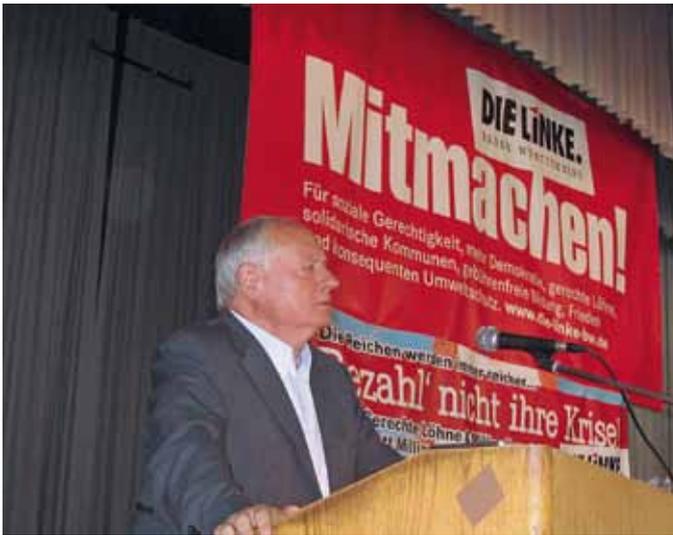
Wer auf Lebensmittel spekuliert, der kalkuliert den Hungertod insbesondere von Kindern und Müttern in Entwicklungsländern ein, um Profite zu erzielen. Dass die LBBW nach der selbst verschuldeten Krise 2008 ihr Geschäft mit Agrarrohstoffen derart fokussiert hat, ist beschämend. Hier wird mit staatlichen Milliardenhilfen – u.a. auch der Landeshauptstadt Stuttgart die 946,6 Mio. Euro zur Rettung der Bank gegeben hat – ein Wirtschaftskrieg gegen die Notleidenden geführt.“

Ozasek abschließend: „Die Beteiligung von Stuttgart an der LBBW muss spätestens mit der Rechtsformänderung 2013 aufgelöst werden. Stuttgart benötigt eine kommunale Stadtparkasse und keine global agierende Heuschrecke. Spekulation auf Nahrung ist unethisch und mit dem Menschenrecht auf Ernährung unvereinbar.“

Kurzbericht vom Landesparteitag am 28. und 29. April 2012

DIE LINKE. Baden-Württemberg verabschiedet Resolution zu Eurokrise und Europapolitik

Landessprecherin Sybille Stamm eröffnete den Landesparteitag und begrüßte die über 200 Delegierten und Gäste. Landessprecher Bernd Riexinger hielt ein landespolitisches Referat, indem er vor allem die Wirtschaftspolitik und die Bildungspolitik der SPD-Grünen-Landesregierung ins Visier nahm. So hätten die SPD mit Hilfe der Grünen 21500 Wohnungen an eine Heuschrecke verkauft und die Grünen übernahmen die Schirmherrschaft über den Bau eines Tiefbahnhofs, obwohl doch beide für das Gegenteil gewählt wurden. Auch bei der



Krankenhausfinanzierung und der Frage gebührenfreier Kitas seien Wahlversprechen gebrochen worden. Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule, die wir Linken begrüßen, sei ein wirklicher Aufbruch nicht zu erkennen. Die Bildungspolitik sei unentschlossen, zaghaft, bescheiden, unzureichend und zum Teil auch widersprüchlich. Die Ausdehnung der prekären Arbeit in Baden-Württemberg sei bedrohlich und bedeute für eine wachsende Zahl von Menschen dauerhafter Existenzkampf, eine nicht planbare Zukunft, vielfach Armut und fast immer Altersarmut. Riexinger: „Es darf in Baden-Württemberg keine Erwerbsarbeit geben, von der die Menschen nicht leben können.“ Auf dem Parteitag wurden landesweite Kampagnen gegen prekäre Arbeit und gebührenfreie Kitas gestartet. Außerdem will DIE LINKE bis zum Ende des Jahres ihre Mitgliederzahlen deutlich steigern. Gastredner Oskar Lafontaine, der für die erkrankte Sahara Wagenknecht eingesprungen war, sprach über die aktuelle Krise in Europa und die Alternativen der LINKEN zur herrschenden Politik.

Wahl der Bundesparteitagsdelegierten

Im Anschluss an eine Aussprache wurden neue Delegierte und Ersatzdelegierte für den Bundesparteitag gewählt. Die gewählten Delegierten sind für die zweijährige Periode des Bundesparteitages im Amt. Die für diesen Zweck beschlossene Wahlordnung ermöglichte eine ausgewogene regionale Auswahl entsprechend der Mitgliederzahl in den vier Regierungsbezirken von Baden-Württemberg. Quotiert nach Frauen und Männern wurden 24 Delegierte nominiert: zehn aus Nordwürttemberg, sechs aus Nordbaden, vier aus Südbaden und vier aus Südwürttemberg-Hohenzollern.

Neue Satzung und Resolution Eurokrise

Am 2. Tag berieten und beschlossen die Delegierten mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit eine neue Landessatzung. Ebenfalls mit ganz großer Mehrheit wurde eine Resolution zur Eurokrise verabschiedet (siehe anschließend in diesem Heft). DIE LINKE sieht im wirtschaftlichen Ungleichgewicht

innerhalb der Eurozone eine wesentliche Ursache für die Eurokrise. Mit verursacht wird diese durch die dauerhaften und wachsenden Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft und der falschen Politik der schwarz/gelben Bundesregierung. Gestützt auf die schwache Lohnentwicklung und Lohndumping durch krebsartige Ausdehnung der prekären Arbeit und des Niedriglohnbereichs wird der Binnenmarkt geschwächt und die Krise in Europa verstärkt. DIE LINKE steht für ein solidarisches, soziales und friedliches Europa und wendet sich gegen den Rückfall in den Nationalismus. Das Erstarren rechter und rechtspopulistischer Parteien ist beunruhigend und gefährlich für die europäische Integration. Der Parteitag solidarisierte sich mit dem Protest der griechischen Bevölkerung gegen Sozial- und Demokratieabbau und rief dazu auf, sich an der europäischen Demonstration in Frankfurt sowie an den örtlichen Aktionen zu beteiligen.

Weitere Beschlüsse

Zum Thema „Energiewirtschaft und Stadtwerke“ unterstützte der Landesparteitag örtliche Initiativen beim Wiederaufbau von Stadtwerken. Stadtwerke sichern die Grundversorgung in der Regel kostengünstiger; Energie und Wasser gehören zur elementaren kommunalen Daseinsvorsorge. Diese Grundversorgung dürfe von Armut betroffenen Bürgern auch bei Zahlungsrückständen nicht entzogen werden.

Die LINKE fordert die Landesregierung in einem weiteren Beschluss dazu auf, ein Konzept der Energiewende vorzulegen, das sozial, gemeinwohlorientiert und ökologisch nachhaltig ist.

Der Landesparteitag solidarisierte sich mit Gotthilf Lorch („Aufruf zum Schottern“) angesichts dessen Verurteilung wegen „Aufruf zur Straftat“. Der Parteitag sprach sich in einem weiteren Beschluss für die Finanzierungssicherung von Frauenhäusern aus. Die Delegierten forderten zudem die Landtagsparteien auf, Heckler u. Koch-Spenden offenzulegen. Die LINKE BaWü erklärte sich auf dem Parteitag solidarisch mit den demokratischen und friedlichen Teilen der syrischen Opposition und lehnte jede militärische Intervention in Syrien ab.



Beschluss des Landesparteitages Baden-Württemberg DIE LINKE 28./29. April 2012

Lohndumping bekämpfen – Internationale Solidarität statt europaweitem Spardiktat

Seit Jahren werden die Arbeitsmärkte dereguliert, prekäre Beschäftigung gefördert, Arbeitslose diszipliniert. Diese Politik der Deregulierung führte insbesondere in Deutschland zu Lohndumping. Die um die Inflation bereinigten Löhne lagen 2010 schon 4,5 Prozent niedriger als zehn Jahre zuvor. Auch 2011 hat sich die Lage nicht grundlegend gebessert. Das gibt es in keinem anderen europäischen Land. Um eine Billion Euro wurden die Lohnempfänger auf diese Weise geprellt. Dieser Betrag wäre den Beschäftigten zugekommen, wenn es keine beständige Umverteilung von unten nach oben gegeben hätte. Jenen 40 Prozent der Beschäftigten, die vor zehn Jahren zu den am schlechtesten bezahlten gehörten, ist es besonders übel ergangen. Ihnen wurden die Löhne um 10 bis 20 Prozent gekürzt. Die Bundesregierung jubelt immer wieder ein angebliches „Beschäftigungswunder“. Tatsachen sind aber: Erstens weisen die amtlichen Arbeitslosenzahlen systematisch rund eine Million Arbeitslose zu wenig aus. Zweitens sind seit 2000 rund 2,3 Millionen Vollzeitjobs vernichtet worden. Neu entstanden sind dafür 4,1 Millionen prekäre Jobs. Immer mehr Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs und vielfältige Formen von Teilzeitarbeit. Es ist zynisch, einen auf diese Weise entstandenen rechnerischen Zuwachs von 1,8 Millionen Stellen als „Beschäftigungswunder“ zu verkaufen.

Viele der in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten verdienen so wenig, dass sie sogar Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Sie müssen sich ihre Einkommen aufstocken lassen. Rund elf Milliarden Euro kostet das jedes Jahr den Steuerzahler. Faktisch eine verkappte Subventionierung der Unternehmer, die ihre Beschäftigten mit Hungerlöhnen abspesen oder sie in erzwungener Teilzeit Beschäftigten. Immer mehr miese und schlecht bezahlte Jobs. Und das dicke Ende kommt im Alter. Nur wer 40 Jahre lang mindestens 1900 Euro im Monat verdient hat bekommt eine Rente, die oberhalb der Grundsicherung – also Hartz IV für den „Ruhestand“ – liegt. Seit dem Jahr 2000 haben auch im „Musterländle“ Baden-

Württemberg 100 000 Beschäftigte ihre Vollzeitstelle verloren. Entstanden sind 180 000 Teilzeit und 90 000 Minijobs. Ein Drittel der im letzten Jahr neu geschaffenen Arbeitsplätze waren Leiharbeitsjobs. Mehr als 90 000 gibt es jetzt.

Und es gibt immer mehr Minijobs, vor allem für Frauen. In Baden-Württemberg arbeiten 1,1 Millionen Menschen für 400 Euro. Selbst wenn es Tarifverträge gibt, werden diese systematisch gebrochen. Das Lohndumping hierzulande ist zugleich ein Kernproblem der „Euro-Krise“. Einerseits tragen die Menschen mit niedrigen Löhnen weniger Geld in die Geschäfte, sodass auch viele andere Länder es schwer haben nach Deutschland zu exportieren. Andererseits konnten die Unternehmer mit gedrückten Löhnen die Exporte massiv steigern. In der Scherenbewegung von ausgebremsten Importen und steigenden Exporten explodierte der Außenhandelsüberschuss. Seit 2000 haben deutsche Unternehmer für 1,4 Billionen Euro mehr ins Ausland verkauft als von Deutschland eingekauft wurde. Auch 2011 betrug der Außenhandelsüberschuss 160 Milliarden Euro – jedes Quartal 40 Milliarden Euro!

Wenn ein Land laufend massive Exportüberschüsse erzielt, dann müssen sich die anderen Länder beständig verschulden. Nur so können sie diese Überschüsse bezahlen.

Das deutsche Lohndumping und die Schulden der europäischen Krisenländer sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn viel zu viele hierzulande für einen Hungerlohn arbeiten müssen, dann geht es nicht nur ihnen schlecht, sondern auch den Menschen in Griechenland, Portugal, Italien, Spanien und Frankreich. In Griechenland werden zig Tausende aus dem öffentlichen Dienst entlassen, der Mindestlohn und auch die Löhne in der privaten Wirtschaft werden um 30 Prozent abgesenkt. In Griechenland wurde die Demokratie ausgesetzt, die Regierung wurde zum Ausführungsorgan von Merkel, Sarkozy und IWF degradiert. Und in Frankreich wird von Sarkozy die Übernahme der Logik der deutschen „Agenda



Präsidium des Landesparteitages, hier im Bild von links nach rechts: Carsten Labudda, Sybille Stamm, Richard Pitterle, Uta Spöri und Heidi Scharf

2010“ gepriesen. So weiten sich Lohndumping und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, angestoßen von Deutschland, auch in anderen europäischen Ländern immer mehr aus. Bereits heute sind europaweit Kürzungsprogramme in Höhe von 600 Milliarden Euro bis 2014 geplant. Dies wird in allen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung nach unten drücken. In Griechenland beläuft sich der Einbruch seit 2009 auf mittlerweile 15 Prozent!

Das wird auch die Beschäftigten in Deutschland treffen. Die Exportaufträge gehen zurück. Es droht eine wirtschaftliche Rezession auch hierzulande. Spätestens dann wird auch die Lohnentwicklung verschärft unter Druck geraten. Lohnstopp, ja zum Teil Lohnverzicht, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ gegenüber dem Ausland wieder zu stärken wird der Schlachtruf der Unternehmer sein.

Bislang werden die wachsenden Schulden vor allem in den Krisenländern mit „Rettungsprogrammen“ und gigantischen Geldsummen der Europäischen Zentralbank (EZB) finanziert. „Gerettet“ wurde bislang vor allem, um die Ansprüche der ausländischen – insbesondere der deutschen – Banken zu befriedigen. Bei beständig weiter anwachsenden Außenhandelsungleichgewichten und in der Folge einer weiteren Verschärfung der Schuldenkrise droht der Zusammenbruch eines Krisenlandes. Möglicherweise Griechenland. Dann würden sofort die Zinsen in den anderen Krisenländern in die Höhe schießen und auch sie kollabieren. Eine derartige Kettenreaktion würde zum großen Crash führen: Der Euro wäre nicht zu halten. Die Folgen gerade auch für Deutschland wären dramatisch. Es käme zu einer neuen deutschen Währung. Diese würde abrupt um 30 bis 40 Prozent – manche schätzen sogar um 50 Prozent – aufgewertet.

Die Konsequenz: Schlagartig wäre die so gerühmte „Wettbewerbsfähigkeit“ großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin. Geht man von einer Aufwertung um 40 Prozent aus, so müsste mit einem Einbruch des Bruttoinlandsproduktes von neun Prozent gerechnet werden. Rund 1,3 Millionen Arbeitsplätze wären bedroht.

Die Gefahren für Europa und auch für die Menschen in Deutschland waren vor der Einführung absehbar. Eine gemeinsame Währung ohne ein verbindliches Regelwerk insbesondere zur Verhinderung des Lohndumpings in einem Land birgt große Gefahren in sich. Deshalb war unsere Ablehnung des Europrojektes damals richtig.

Heute droht der Euro zerstört zu werden. Merkel will ihn zwar retten, aber ihre Politik verschärft die Probleme und läuft auf die Zerstörung der gemeinsamen Währung hinaus. Mit dem Export deutscher Austeritätspolitik, der Agenda 2010 in die anderen europäischen Länder wird eine menschenverachtende Politik betrieben, die letztlich den Kontinent ins Desaster führt. Dazu gehört auch das Festhalten am „deutschen Geschäftsmodell“, dem Lohndumping. DIE LINKE tritt gegen diese Politik an.

Auch dem letzten „Europhoriker“ dürfte mittlerweile klar sein, dass im Kampf für Frieden, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit diese EU nicht etwa Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist. An diesem Krisenszenario gibt es aus Sicht der LINKEN nichts zu regulieren oder mitzugestalten. Die Alternative heißt jetzt nicht mehr oder weniger Europa, sondern ein anderes, ein besseres Europa. Die derzeitigen EU-Verträge sind für ein solches Europa ungeeignet. Wir fordern eine Neugründung der EU, sowie eine Generalrevison der EU-Verträge. Dafür steht nur DIE LINKE.

Lösungsvorschläge der LINKEN

Was sind sinnvolle Alternativen? Als Sofortmaßnahme müsste die EZB mittels einer öffentlichen Bank die direkte Finanzierung der Krisenstaaten sicherstellen. Dann sind Zinssätze von nur einem Prozent möglich. Die Finanzierung der Eurostaaten wäre dann der Willkür der privaten Finanzmärkte entzogen. Spekulanten und Rating-Agenturen wären ausgebootet.

Weiterhin sind eine Schuldenstreichung und ein öffentliches Investitionsprogramm für hoch verschuldete Staaten wie Griechenland notwendig, statt immer neuer so genannter „Rettungspakete“ – die in Wirklichkeit nicht nach Griechenland, sondern sofort wieder in die Kassen der Banken zurück fließen. Mittelfristig muss Deutschland wieder zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz gelangen. Die Ungleichgewichte in den Außenhandelsbeziehungen müssen beendet werden. Hierzu gehört, dass die Binnenwirtschaft eine deutlich größere Rolle spielt.

Die aktuelle europäische Krise hat ihre Ursache in den inneren Verwerfungen des Kapitalismus und in den neoliberalen Strukturen der europäischen Regelwerke. Die konkrete Zuspitzung gründet zentral im deutschen Lohndumping. Es führt



zu beständigen hochaggressiven, wirtschaftsimperialistischen Attacken des deutschen Kapitals gegenüber dem Ausland, insbesondere gegenüber den Ländern der Eurozone. Um die Krise zurückzudrängen im Interesse der Menschen ist der Kampf gegen das deutsche Lohndumping von zentraler Bedeutung. Das heißt der Kampf für massive Tariflohnsteigerungen und die Überwindung prekärer Beschäftigung. Reale Einkommenssteigerungen von mindestens vier Prozent jährlich für die nächsten zehn Jahre sind erforderlich um die größten Verwerfungen zu beseitigen. Wir brauchen endlich den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und die Rückabwicklung der Agenda 2010. Und öffentliche Zukunftsprogramme erhalten für den binnenwirtschaftlichen Umbau eine zusätzliche, zentrale Bedeutung. Hier geht es nicht alleine darum, die soziale Ungerechtigkeit der Enteignung der arbeitenden Menschen um eine Billion Euro zu beenden. Es geht nicht alleine darum, die Bildung für unsere Kinder und die Pflege von Kranken und Alten zu verbessern sowie die öffentliche Infrastruktur und den ökologischen Umbau sicherzustellen.

Es geht um viel mehr: Ohne die massive Stärkung der Binnenwirtschaft, ohne die Beendigung des Lohndumpings, bezahlen die Menschen weiterhin für die Krise! Wir brauchen einen ausgeglichenen Handel, der die beständige Verschuldung anderer Länder stoppt. Nur wenn dies gelingt hat ein solidares, soziales und friedliches Europa eine Chance. Der Schlüssel für diese Entwicklung liegt bei uns, in Deutschland.

Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht der EU mit starken Gewerkschaften und zusätzlich momentan einer vergleichsweise guten Wirtschaftslage hat eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, die Abwärtsspirale des Lohndumpings zu stoppen. Erfolge im Kampf für höhere Löhne und soziale Verbesserungen in Deutschland sind die beste Hilfe für entsprechende Kämpfe in anderen Ländern. Eine solche wechselseitige Unterstützung ist das beste Mittel im Kampf gegen Nationalismus.“

Hinzukommen muss die Vergesellschaftung aller privaten

Banken als Voraussetzung dafür, dass das Kasino geschlossen wird und die verbleibenden Bankgeschäfte scharf reguliert werden. Langfristig ist eine Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung notwendig, die mit ihren Krisen immer wieder zu schweren Verwerfungen führt und Millionen Menschen in Armut stürzt. Diese Zustände führen in einigen europäischen Ländern zum Erstarken von Rechten.

Der Kampf gegen die Euro-Krise in Baden-Württemberg

Der Landesverband der LINKEN in Baden- Württemberg hat

in den zurückliegenden Wochen zahlreiche Informationsveranstaltungen und Workshops zur europäischen Schuldenkrise durchgeführt. Die internationale Solidarität mit den Menschen in Griechenland steht für uns in einem engen Zusammenhang mit dem Ringen um gute Löhne, gute Arbeit und gegen Entlassungen im eigenen Land. Aufklärung über die Hintergründe der Krise ist dringend notwendig. Zusammen mit anderen Organisationen ruft DIE LINKE dazu auf, sich an den internationalen Krisenprotesten zu beteiligen.

Hinweise zur Bundestagswahl 2013

38 Bundestagswahlkreise in Baden-Württemberg

Die Bundestagswahl findet im September 2013 statt. Der genaue Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Baden-Württemberg hat 38 Bundestagswahlkreise. Die Direktkandidatinnen werden entsprechend Bundeswahlgesetz in Wahlkreis-Mitgliederversammlungen gewählt. Die WK-Versammlungen können ab sofort stattfinden. Dort sind alle die Mitglieder stimmberechtigt, die im jeweiligen Wahlkreis den Hauptwohnsitz haben und das Wahlrecht besitzen. Die Wahlkreisgrenzen stimmen nicht mit den Kreisgrenzen überein. Deshalb sind die postalischen Einladungen mit dem Landesbüro abzustimmen. Die Nominierung der Direktkandidatinnen in den Wahlkreisen sollte Ende Januar abgeschlossen sein. **Vertreterinnenversammlung, Wahl der Landesliste im Januar:** Die Landesvertreterinnenversammlung zur Wahl der Landesliste Baden-Württemberg der LINKEN für die Bundestagswahl 2013 ist vom Landesvorstand einberufen auf Samstag, den 26. Januar 2013 (Änderungen noch mög-

lich). Die Delegierten dieser Vertreterinnenversammlung sind entsprechend Wahlgesetz gesondert zu wählen, und zwar auf jeweiligen Mitgliederversammlungen der Kreisverbände. Auch auf diesen Kreis-MVs ist das Stimmrecht (zur Wahl der 200 Vertreterinnen) wahlgesetzlich geregelt. Der Delegierten-schlüssel für die Kreise wird noch bekannt gegeben.

Landesparteitag, nächste Tagung: Die nächste reguläre Tagung des Landesparteitages (die Delegierten sind bereits gewählt und im Amt) mit Nachwahlen zum Landesvorstand wird auf Vorschlag des Landesvorstandes, vorbehaltlich einer Entscheidung im Landesausschuss, voraussichtlich ein Tag nach der Nominierung der Landesliste stattfinden, also am Sonntag, 27. Januar 2013.

Landesausschuss

Die nächste Beratung des Landesausschusses findet statt am Samstag, 14. Juli, 10.30 Uhr in Stuttgart, AWO Ost, Ostendstraße 83. Alle Kreisverbände und LAGs werden gebeten, ihr Mandat wahrzunehmen.

Einberufung LandesvertreterInnenversammlung der LINKEN Baden-Württemberg – Kriterien für unsere KandidatInnen zu Bundestagswahl

Beschluss des Landesvorstandes vom 22. Juni 2012

1. Die LandesvertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2013 wird einberufen auf Samstag, 26. Januar 2013. Der Landesvorstand empfiehlt den Kreisverbänden, die Wahlkreiskandidatinnen und Wahlkreiskandidaten vorher, ab September bis Ende Januar, zu wählen. Die Einladung zu den Wahlkreisversammlungen erfolgt entsprechend dem Bundeswahlgesetz. Zuständig sind die Kreisvorstände in Absprache mit dem Landesvorstand. Um alle wahlberechtigten Mitglieder im jeweiligen Wahlkreis zu erreichen, werden die Mitgliederlisten mit dem Landesbüro abgestimmt.
2. Die VertreterInnen (gesonderte Delegierte) für die Versammlung zur Wahl der Landesliste am 26.1.2013 erfolgt in gesonderten Kreismitgliederversammlungen entsprechend Delegiertenschlüssel.
3. Der Landesvorstand bittet alle BewerberInnen für Plätze auf der Landesliste zur Bundestagswahl, sich schriftlich bis zum 15.12. 2012 zu bewerben. Die Mitglieder und Kreisverbände sollen die Möglichkeit haben, sich dazu zu beraten. Der geschäftsführende Landesvorstand wird beauftragt, die Bewerbungen entgegenzunehmen und in der Partei zu kommunizieren.
4. Der Landesvorstand betrachtet folgende Kriterien für die Wahl der Landesliste als vordringlich:
 - 4.1. Fähigkeit und Bereitschaft zur parlamentarischen Arbeit und zur Unterstützung der außerparlamentarischen Arbeit auf Grundlage des Programms und des auf dem Bundesparteitag zu beschließenden Wahlprogramms.
 - 4.2. Fachliche Qualifikation in mindestens einem Politikbereich und Kompetenz bei den zentralen inhaltlichen Schwerpunkten des Wahlprogramms.
 - 4.3. Fähigkeit zu kommunikativem Verhalten und öffentlichem Auftreten. Bereitschaft, bei der Wahlkampfzubereitung mitzuarbeiten und an Seminaren für Wahlkreiskandidatinnen teilzunehmen.
 - 4.4. Beruflicher und privater Werdegang, der den Grundsätzen der Partei nicht widerspricht.
 - 4.5. Bisherige Arbeit und Anerkennung z.B. in kommunalen, sozialen, gewerkschaftlichen, antifaschistischen, feministischen, ökologischen, internationalistischen, antimilitaristischen oder kulturellen Zusammenhängen – überregional oder vor Ort.
 - 4.6. Aktive Unterstützung der Arbeit des Landesverbandes, der Gewinnung neuer Mitglieder, Unterstützung des Jugendverbandes, positive Haltung zum linkspluralen Charakter der Partei.
 - 4.7. Befürwortung der Geschlechterdemokratie, Einhaltung der Quotierung auf der Landesliste.
 - 4.8. Zahlung des monatlichen Mitgliedsbeitrags entsprechend Beitragstabelle plus Bereitschaftserklärung, für die Partei einen angemessenen Mandatsträgerbeitrag zu spenden.
 - 4.9. Bereitschaft, als MandatsträgerIn ein Wahlkreisbüro in der Region zu unterhalten und personell gut auszustatten. Mindestens zwei Drittel der Abgeordnetenressourcen sollen für parlamentarische Arbeit im Wahlkreis und der Region Baden-Württemberg eingesetzt werden. Bereitschaft zur Bildung einer Baden-Württemberg-Landesgruppe. Gemeinsame Gewährleistung einer optimalen politischen Präsenz der Bundestagsfraktion mit Büros in der Fläche des Bundeslandes durch die Abgeordneten.
 - 4.10. Regionale und thematische Verteilung: Die Landesliste sollte aus einem Team bestehen, bei dem Regionen und unterschiedliche Spektren der politischen Arbeit berücksichtigt sind.

Positionspapier, DIE LINKE im Bundestag

Alternativen zu Austeritätspolitik und Bankenrettung

Sechs-Punkte-Programm von SYRIZA und DIE LINKE – vorgestellt von Alexis Tsipras, Vorsitzender des griechischen Linksbündnisses SYRIZA, und Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, am 22. Mai 2012 in der Bundespressekonzferenz

1. Sofortiges Ende der „Memoranden-Politik“ und Neuverhandlungen der Kredite:

Die Kredite aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) an Griechenland haben sich als Rettungsring aus Blei erwiesen. Die Kreditvereinbarungen – die Memoranden – mit der sogenannten Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF verpflichteten die griechischen Regierungen zu drakonischen Spar- und Kürzungsaufgaben und zu marktradikalen Reformen – weitgehende Liberalisierung und den nahezu vollständigen Ausverkauf des griechischen öffentlichen Eigentums. Sie haben zu massiven sozialen Verwerfungen geführt, u.a. stieg die Arbeitslosigkeit auf offiziell 22% an; unter jungen Menschen unter 25 Jahren liegt die Arbeitslosenquote heute sogar bei rund 50%. Zudem stürzte die Austeritätspolitik das Land noch tiefer in die Rezession, seit Beginn der Sparpolitik 2010 brach die griechische Wirtschaft fast um 20% ein. So sind die Kredite niemals rückzahlbar.

Aus sozialer Verantwortung und aus wirtschaftlicher Vernunft heraus müssen die aktuellen Kredite (aus dem „Griechenland II-Paket“) neu verhandelt und die Auflagen zu weiterem Sozialabbau und zu Privatisierungen gestrichen werden. Diese Verhandlungen müssen auf Regierungsebene in der Eurozone und EU und nicht auf „technischer“ Ebene zwischen griechischer Regierung und Troika-Vertretern stattfinden.

2. Staatsfinanzierung aus der Abhängigkeit von den Kapitalmärkten befreien:

Die „Memoranden-Politik“ war nicht nur unsozial und wirtschaftlich schädlich. Sie hat darüber hinaus maßgeblich mit dazu beigetragen, dass der Schuldenberg des Landes weiter angestiegen ist: Als Griechenland 2010 unter den „Rettungsschirm“ kroch, lag die Verschuldung bei rd. 130% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bis zum (Teil-)Schuldenschnitt Ende Februar 2012 war der Schuldenstand auf fast 170% des BIP gestiegen.

Neben der Spekulation gegen griechische Staatsanleihen und die durch die Sparauflagen hervorgerufenen Einnahmeausfälle ist für diesen Schuldenanstieg auch die Kreditvergabepolitik im Rahmen der EFSF verantwortlich: Weil die Kreditaufnahme zur Staatsfinanzierung auf dem privaten Kapitalmarkt erfolgt, müssen Staaten bzw. die EFSF Marktzinsen zahlen, die nicht zuletzt durch das Urteil von privaten Rating-Agenturen bestimmt werden. Demgegenüber erhalten private Banken ihr Kapital fast zum Nulltarif über die EZB (allein in diesem Jahr reichte die EZB fast 1 Billion Euro aus Steuergeldern an private Banken und Finanzinstitute aus). Diese Praxis beschert den Banken lukrative Einnahmen auf Kosten der Allgemeinheit.

Die Abhängigkeit der Staatsfinanzierung Griechenlands – und aller anderen Staaten der Eurozone – von den Finanzmärkten muss gebrochen werden. Dazu muss die Staatsfinanzierung künftig über eine öffentliche Bank erfolgen, die Kredite an die Staaten ohne Zinsaufschlag ausgibt und sich bei der EZB refinanziert. Möglich ist auch eine Direktfinanzierung durch die EZB, die allerdings eine Änderung der EU-Verträge und der EZB-Statuten voraussetzt.

Eine Zwischenlösung wäre die – u.a. auch von François Hollande geforderte – Einführung von Eurobonds.

3. Entfesselte Finanzmärkte strikt regulieren und besteuern:

Die Deregulierung der Kapitalmärkte ist eine der tiefer liegenden Krisenursachen, nicht nur in Griechenland.

Die entfesselten Kapitalmärkte müssen auf europäischer Ebene strikt re-reguliert werden; Spekulation gegen Staaten muss verboten werden. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kann dabei nur ein erster Schritt sein.

4. Verbleib Griechenlands in einer reformierten Eurozone:

Allen politischen Lippenbekenntnissen zum Trotz wächst innerhalb der Eurozone und der EU der Druck auf Griechenland, aus der Eurozone auszutreten. Auch die Bundesregierung beteiligt sich an diesem Spiel mit dem Feuer: Von Finanzminister Schäuble im griechischen Wahlkampf gestreute Zweifel an der „Euro-Fähigkeit“ Griechenlands oder die von Kanzlerin Merkel erhobene Forderung, die Neuwahlen im Juni an ein Referendum über Griechenlands Verbleib in der Eurozone zu knüpfen, gehen in diese Richtung. Damit setzt sich auch die Bundesregierung erneut über den Willen des griechischen Volkes hinweg: Verschiedene griechische Umfragen ergaben, dass rund 80% der Griechinnen und Griechen einen Verbleib in der Währungsunion wünschen; nur rd. 13% wollen eine Wiedereinführung der Drachme.

Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone hätte für das Land desaströse soziale und wirtschaftliche Folgen: Für das Land wäre es unter derzeitigen Umständen fast unmöglich, sich zu finanzieren; eine wettbewerbsfähige Industrie, die von einer abgewerteten Drachme profitieren könnte, ist nach rd. zwei Jahrzehnten der Deindustrialisierung nicht vorhanden. Der Euro selbst käme ins Wanken. Auch Deutschlands Wirtschaft litte darunter. Anstatt Griechenland aus der Eurozone zu drängen, ist eine Reform der Währungsunion zu einer integrierten Wirtschafts- und Steuerunion notwendig. Dies ist auch mit Blick auf die anderen „Krisenländer“ wie z.B. Portugal dringend nötig.

5. Konjunktur- und Aufbauprogramme anstatt weiterer Spardiktate:

Die Austeritätspolitik hat Griechenland immer tiefer in die Krise und die Schuldenfalle getrieben. Um dringend notwendige Konjunkturanreize zu schaffen und einen nachhaltigen Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft zu ermöglichen, sind keine Spardiktate, sondern gezielte Förderprogramme zur Stärkung der Binnennachfrage und öffentliche Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie Innovation notwendig. Kurzfristig können hierzu nicht abgerufene Mittel aus den EU-Fördertöpfen – Sozialfonds, Regionalfonds, Kohäsionsfonds – bereitgestellt werden. In der laufenden Förderperiode stehen Griechenland noch 13 Mrd. Euro zur Verfügung, die noch nicht abgerufen wurden. Hierzu müssen Sondervereinbarungen zur Kofinanzierung getroffen und institutionelle Hilfen gegeben werden, um sicherzustellen, dass Griechenland diese Mittel auch abrufen kann. Nur bei einer solchen Politik kann Griechenland die Kredite zurückzahlen.

6. Krisenprofiteure zur Kasse: Einkommensmillionäre besteuern, Kapitalflucht und Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen:

Nicht nur dem griechischen Fiskus gehen jährlich mehrstellige Milliardenbeträge durch Kapitalflucht und Steuerhinterziehung verloren. Die Summe privater Vermögen – in der Hand weniger Superreicher – entspricht in Griechenland, Deutschland und der EU insgesamt in etwa der Höhe der öffentlichen Verschuldung.

Um wirtschaftliche Wiederaufbauprogramme und öffentliche Investitionen zu finanzieren, müssen Einkommensmillionäre und insbesondere Kapitalvermögen stärker besteuert werden. Nach Möglichkeit durch eine EU-weite Millionärssteuer und eine Vermögenssteuer zur Krisenfinanzierung.

Darüber hinaus müssen wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht ergriffen werden. So ist zum Beispiel die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft zu binden, unabhängig vom Wohnort und dem Ort des aufbewahrten Vermögens. Für Griechenland bedeutet dies, dass EU-Hilfen zum Ausbau der Steuerbehörden notwendig sind. Die im Rahmen der derzeitigen „Memorandums-Politik“ verordneten Reformen des Steuersystems sind hierzu in keiner Weise ausreichend. Sie werden darüber hinaus durch die Einsparvorgaben konterkariert.



Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernd Riexinger (Amt ruht) • Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de • Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: scharf.heidi@t-online.de • Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de • Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Gabi Grosse, 71624 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: gaby.grosse@arcor.de, net: http://www.die-linke-esslingen.de/

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel.: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbrunn, Tel.: 0160-5330030, Hacı Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de • Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de • Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel.: 07261/947015, renaete.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, • Barbara Hoffmann, Kornwestheim, Tel.: 0177-340 4500, eMail: fbh.hoffmann@t-online.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, 88299 Leutkirch-Reichenhofen, Tel.: 0177-3227094, Mail: m_konie@web.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-remsmurr.eu, Net: http://dielinke-remsmurr.de/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Osttrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Elke Ehinger, 74078 Heilbronn, Tel.: 07131/910366, eMail: elke.ehinger@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, eMail: mail@stefandreher.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Hartz IV

Detlef Gräser, 69198 Schriesheim, Telefon: 06203/661621, eMail: d.graeser@web.de

AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, eMail: volker.bohn@dielinke-unterland.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: Stadtrat-Staehle@gmx.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, eMail: gotthilf.lorch@amici-tue.de

AG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, Ostfildern, 0170/8006210, eMail: wolfgang-kaemmerer@t-online.de

Kommunistische Plattform

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: dielinke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de
Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de
Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

23 Mandate der LINKEN in 16 Kreistagen

Biberach, Ulrich Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Harry Ladwig, harryladwig@aol.com • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke,

peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhard-bross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb**, Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendriek Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanale.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rotenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de



ES GIBT VIELE GUTE GRÜNDE MIT DER AKTUELLEN POLITIK UNZUFRIEDEN ZU SEIN. UM SO MEHR GUTE GRÜNDE GIBT ES EINE GESELLSCHAFTLICHE ALTERNATIVE DAZU AUFZUBAUEN UND ZU UNTERSTÜTZEN. MIT DER PARTEI **DIE LINKE** WURDE 2007 EIN SOLCHES PROJEKT GEGRÜNDET. SEITDEM IST VIEL PASSIERT. **DIE LINKE** IST EINE AKTIVE UNTERSTÜTZERIN SOZIALER BEWEGUNGEN UND PROTESTE. SIE BRINGT IN DEN PARLAMENTEN WICHTIGE THEMEN UND VORSCHLÄGE AUF DEN TISCH: **MEHR DEMOKRATIE, GERECHTE LÖHNE, SOZIALE KOMMUNEN FÜR ALLE, ANTIRASSISMUS, FRIEDEN, DEN SCHUTZ VON PRIVATSPHÄRE & DEMONSTRATIONSRECHT, UMVERTEILUNG GESELLSCHAFTLICHEN & PRIVATEN REICHTUMS, DEN WIDERSTAND GEGEN HARTZ IV & ECHTEN UMWELTSCHUTZ.** MIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG - ALS PARTEI-NAHE STIFTUNG - IST ZUDEM EIN WICHTIGES UND KRITISCHES GEGENGEWICHT IN WISSENSCHAFT UND POLITISCHER BILDUNG ENTSTANDEN. VIELE MENSCHEN SIND IN DEN LETZTEN JAHREN IN **DIE LINKE** EINGETRETEN - VIELE GUTE IDEEN UND AKTIONEN HABEN SIE BEIGESTEUERT. VIELLEICHT IST ES AN DER ZEIT, DASS AUCH DU DIR ÜBERLEGST, OB DU **DIE LINKE** NICHT AUCH ALS MITGLIED UNTERSTÜTZEN WILLST? KLAR IST: ES BRAUCHT AUCH WEITERHIN EINE BUNTE, OFFENE, LEBENDIGE UND VIELFÄLTIGE **LINKE** ALS WICHTIGE UND AKTIVE GEGENBEWEGUNG ZU KRIEG, KAPITALISMUS UND SOZIALER UNGERECHTIGKEIT!

>>> DAZU BRAUCHT DIE LINKE DICH!

■ **Kommunalpolitisches Forum Baden-Württemberg**

Das Forum Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg e.V. bietet mit seiner neuen Internet-Plattform allen kommunalpolitisch Arbeitenden und Interessierten eine Diskussions- und Arbeitsgrundlage für sämtliche in der Kommunalpolitik auftretenden Positionen. Eine enge Zusammenarbeit mit den kommunal- und regionalpolitischen Mandatsträgern ist hier von großer Bedeutung, Beispiel Kita-Kampagne. Die Internet-Plattform lebt von euren Beiträgen! Diese können an andre.hettrich@kompof.de oder christoph.ozasek@kompof.de geschickt werden. Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. ist ein parteiunabhängiger kommunalpolitischer Bildungsverein. Unser Ziel ist es, interessierte Menschen zu ermuntern, sich an kommunalpolitischen Prozessen zu beteiligen, bei Wahlen auf kommunaler Ebene zu kandidieren oder sich in Bürgerinitiativen zu engagieren. www.kompof.de
Dagmar Uhlig (Vorsitzende Forum Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg e.V.)

■ **Arbeitskreise zu Mietpolitik und Sozialticket**

Es besteht der Wunsch, thematische Arbeitskreise aufzubauen, die sich in den nächsten Wochen und Mo-

naten intensiver mit den Themenbereichen Mieten/Wohnungspolitik und Sozialticket beschäftigen wollen. Ziel ist es, Positionen zu koordinieren und zu entwickeln. Wer Interesse an der Aufnahme in den jeweiligen Verteiler hat und sich gegebenenfalls auch an der jeweiligen Arbeitskreis-Arbeit beteiligen möchte, wendet sich bitte an:
AK Sozialticket: Eva-Maria Glathe evamaria_glathe@gmx.de
AK Mieten- und Wohnpolitik: Gregor Mohlberg gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

■ **Emanzipatorische Linke**

Ein Gründungstreffen dieses Zusammenschlusses in Baden-Württemberg ist vorgesehen am 7. Juli um 15 Uhr im Karlsruher Büro, Kreuzstraße 4. Vorschläge für die Tagesordnung können eingebracht werden: <http://piratepad.net/fZ2fa3DIVr> Anrechnerpartner: Lars Hilbig.

■ **LAG Frieden – Ratsschlag am 22. September**

Die LAG Frieden lädt ein zum Friedenspolitischen Ratsschlag am Samstag, 22. September ab 11.30 Uhr im DGB-Haus in Karlsruhe. Themen der Beratung: Auslandseinsätze Bundeswehr; 11 Jahre Afghanistan-Krieg; Rüstungsforschung an Hochschulen; Schulfrei für die Bundeswehr; Neuwahl für LA.

■ **Ökologische Plattform**

Die regelmäßigen Treffen in 2012 finden jeweils Freitagvormittag statt im Landesbüro von 10 bis 13 Uhr. Wir treffen uns jeden zweiten Freitag im Monat: 13.7., 14.9., 12.10., 9.11. und 14.12.. Im November werden wir ein anderthalbtägiges Seminar durchführen mit den Schwerpunkten: 1. Stromversorgung im Wandel – Aspekte der Energiewende. 2. Rekommunalisierung und dezentrale Energieversorgung: Stadtwerke in Bürgerhand, Energiegenossenschaften, Energiedemokratie.

■ **Christopher Street Day am 28. Juli in Stuttgart**

Die Feierlichkeiten und Paraden um den Christopher Street Day gehen zurück auf den 27. Juni 1969 in New York. An diesem Tag setzten sich erstmals Transvestiten, Schwule und Lesben in der Christopher Street gemeinsam gegen staatliche Willkür und gewaltsame Übergriffe der Polizei zur Wehr. Seit 1972 ist der Tag des Erinnerns und der Erneuerung des emanzipatorischen Kampfes um ein gutes Leben auch in Deutschland ein wiederkehrendes Ereignis.

In jedem Jahr begehen hundertausende Besucherinnen und Besucher den Stuttgarter CSD, um sich mit den Forderungen von Schwulen, Lesben, Transgendern und Intersexuellen in der Öffentlichkeit zu solidarisieren, gegen Ungleichbehandlung

zu protestieren, aber auch um die Kultur des queeren Andersseins im öffentlichen Raum provokativ darzustellen. DIE LINKE ist wie in den vergangenen Jahren am 28. Juli Teilnehmerin der bunten CSD-Parade durch die Stuttgarter Innenstadt. Sie bildet den Abschluss der CSD-Programmwoche in deren Rahmen eine Vielzahl von Themen aufgerufen werden: Diskriminierung am Arbeitsplatz, Coming Out, Homosexualität in der Schule, rechtliche Gleichstellung, Homosexualität und Migration.

Für den Landesverband organisiert die LAG Queer in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Stuttgart und Linksjugend [‘solid] die Teilnahme. Wir werden mit einem Parade-LKW den Festzug begleiten, Infomaterial unter die Zuschauer bringen, und für DIE LINKE als emanzipatorisches Projekt werben.

Wer interessiert ist, uns bei der Teilnahme unter die Arme zu greifen, kann sich unter queer@die-linke-bw.de melden. Heterosexuelle erfahren dabei selbstverständlich keine Diskriminierung, denn alle Lebensweisen sind uns herzlich willkommen.

Freiheit und Menschenrechte müssen immer wieder neu erkämpft werden, wenn wir sie nicht verlieren wollen. Deshalb: Auf zum CSD! 28. Juli 2012, 15 Uhr. Treffpunkt: Am LINKEN-Parade-LKW in der Böblinger Straße/Erwin-Schöttle-Platz.